

Jahresabschluss 2021

PSD Bank Nürnberg eG

Nürnberg

Jahresabschluss der Kreditinstitute in der
Rechtsform der eingetragenen Genossenschaft

Bestandteile Jahresabschluss

1. Jahresbilanz (Formblatt 1)
2. Gewinn- und Verlustrechnung
(Formblatt 3 - Staffelform)
3. Anhang

Lagebericht für das Geschäftsjahr 2021

der PSD Bank Nürnberg eG

I. Grundlagen der Geschäftstätigkeit

Die PSD Bank Nürnberg eG ist eine eingetragene Genossenschaft, die der amtlich anerkannten BVR Institutsicherung GmbH und der zusätzlichen freiwilligen Sicherungseinrichtung des Bundesverbandes der Deutschen Volksbanken und Raiffeisenbanken e.V. angeschlossen ist.

Zweck der Genossenschaft ist die wirtschaftliche Förderung und Betreuung der Mitglieder. Wir betreiben grundsätzlich alle banküblichen Geschäfte.

Unser Geschäftsgebiet umfasst überwiegend Standorte in Franken, Sachsen und der Oberpfalz mit unserer Hauptstelle, 5 Filialen und 4 Beratungsbüros.

II. Wirtschaftsbericht

II.1 Entwicklung der Gesamtwirtschaft und Kreditgenossenschaften

Konjunktur in Deutschland

Wirtschaft auf Erholungskurs

Im Jahr 2021 erholte sich die deutsche Wirtschaft weiter von dem durch die Coronapandemie ausgelösten Konjunkturereinbruch des 1. Halbjahres 2020. Das preisbereinigte Bruttoinlandsprodukt expandierte im Vorjahresvergleich um deutliche 2,9 %, nachdem es 2020 um massive 4,6 % zurückgegangen war. Das Wirtschaftswachstum hätte allerdings noch höher ausfallen können, wenn die Konjunktur nicht weiter durch die Folgen der anhaltenden Pandemie gedämpft worden wäre.

Pandemiefolgen belasten noch immer

Das Wirtschaftsgeschehen wurde 2021 einerseits durch die abermaligen Coronawellen und die im Zuge dieser Wellen zeitweise verschärften Infektionsschutzmaßnahmen merklich beeinträchtigt, besonders zu Jahresbeginn sowie zum Jahresende. Von den Schutzmaßnahmen waren vor allem die kontaktintensiven Dienstleistungsbereiche betroffen, wie die Reisebranche, die Kreativwirtschaft und das Gastgewerbe. Andererseits bremsen die im Jahresverlauf zunehmenden Rohstoffpreise und Materialknappheiten spürbar die Aktivitäten, insbesondere im produzierenden Gewerbe. Die kräftige und geographisch breit angelegte Konjunkturerholung führte nämlich zu einem ungewöhnlich starken Anstieg der globalen Nachfrage nach Rohstoffen und Vorleistungsgütern, wie Halbleitern, Plastik und Metallen, sowie zu erheblichen Logistikproblemen.

Stagnation des Privatkonsums

Mit den schrittweisen Lockerungen von Infektionsschutzmaßnahmen im Sommer und den durch Impfungen und Testungen erzielten Fortschritten bei der Pandemiebekämpfung setzte sich die im 2. Halbjahr 2020 begonnene Erholung der privaten Konsumausgaben fort. Begünstigt wurde das Konsumklima auch durch die Lohn- und Einkommenszuwächse vieler Privathaushalte sowie einige fiskalpolitische Maßnahmen, wie die Abschaffung des Solidaritätszuschlags für die meisten Steuerzahler und die Erhöhung des Kindergeldes. Wegen der pandemiebedingt schwierigen Lage im 1. und 4. Quartal konnte der preisbereinigte Privatkonsum auf Jahres-sicht aber lediglich um 0,1 % zulegen. Die privaten Konsumausgaben verharrten damit im Wesentlichen auf dem niedrigen Vorjahresniveau. Im Jahr 2020 waren sie um 5,9 % eingebrochen. Der Staatsverbrauch legte hingegen 2021 erneut zu, nicht zuletzt wegen verstärkter Ausgaben im Gesundheitsbereich. Die staatlichen Konsumausgaben stiegen um 3,1 % und damit in ähnlicher Größenordnung wie im Vorjahr.

Investitionsklima stabilisiert sich

Nach dem starken Rückgang des Vorjahres um 11,2 % stabilisierten sich die Ausrüstungsinvestitionen 2021 ebenfalls. Angesichts des verbesserten globalen Konjunkturmilieus, der steigenden Auslastung der Wirtschaft und der insgesamt nach wie vor günstigen Finanzierungsbedingungen, mit anhaltend niedrigen Zinsen, erhöhten sich die Investitionen in Maschinen, Geräte und Fahrzeuge um 3,4 %. Das Wachstum der Investitionsausgaben hätte ohne die hohen Rohstoffpreise und Materialengpässe aber deutlich stärker ausfallen können. Dies gilt auch für die Bauinvestitionen, deren langjähriger Aufwärtstrend sich abgeschwächt fortsetzte (+0,7 % nach +2,5 % im Vorjahr). Wichtigste Wachstumsstütze blieb der Wohnungsbau, der weiterhin vom

enormen Bedarf an Wohnraum und dem günstigen Finanzierungsumfeld Rückenwind erfuhr. Alles in allem blieben die Investitionsausgaben aber etwas hinter dem vor Ausbruch der Coronakrise in Deutschland im Jahr 2019 erreichten Stand zurück.

Wachstumsimpulse vom Außenhandel

Im Zuge der weltwirtschaftlichen Belebung und des vielfach erfolgten Abbaus von pandemiebedingten Reisebeschränkungen nahm der grenzüberschreitende Handel der deutschen Wirtschaft spürbar an Fahrt auf. Eine Ausnahme bildete allerdings der Warenhandel mit dem Vereinigten Königreich, der sich wegen dem zum Jahresanfang vollzogenen Austritts des Landes aus der Europäischen Union vergleichsweise schwach entwickelte. Angesichts kräftig steigender Exporte (+9,9 %) und leicht weniger dynamisch expandierender Importe (+9,3 %) lieferte der Außenhandel als Ganzes rechnerisch einen positiven Beitrag zum gesamtwirtschaftlichen Wachstum in Höhe von 0,8 Prozentpunkten. Die vor Krisenausbruch erreichten Niveaus konnten aber auch hier noch nicht wieder erlangt werden.

Staat erneut mit hohem Finanzierungsdefizit

Trotz der Konjunkturerholung blieb die Situation der öffentlichen Haushalte 2021 angespannt. Der Staat schloss das zweite Jahr in Folge mit einem hohen Finanzierungsdefizit ab. Hierzu trug auch bei, dass die staatlichen Mehrausgaben zur Abfederung der negativen Pandemiefolgen vielfach andauerten, wie die Zahlung von Überbrückungshilfen an Unternehmen und die Verlängerung des verbesserten Zugangs zum Kurzarbeitergeld. Der gesamtstaatliche Fehlbetrag lag bei 132,5 Mrd. Euro, was 3,7 % des Bruttoinlandsprodukts entsprach. Die Schuldenquote dürfte von gut 69 % im Vorjahr auf etwa 71 % gestiegen sein und damit die Maastricht-Obergrenze von 60 % erneut deutlich überschritten haben. Erste amtliche Angaben zur Schuldenquote im Jahr 2021 werden voraussichtlich im April 2022 veröffentlicht.

Rückläufige Arbeitslosigkeit

Vor dem Hintergrund der voranschreitenden Erholung und wegen der demografisch bedingt wieder zunehmenden Arbeitskräfteknappheiten ging die Arbeitslosigkeit etwas zurück. Die Arbeitslosenzahl sank im Jahresdurchschnitt 2021 gegenüber dem Vorjahr um knapp 82 Tsd. auf rund 2,6 Mio. Menschen. Dies führte zu einem minimalen Rückgang der Arbeitslosenquote von 5,9 % auf 5,7 %. Die Erwerbstätigenzahl blieb hingegen, trotz einer spürbaren Belebung im Sommer, im gesamten Jahr gegenüber 2020 im Wesentlichen unverändert bei rund 44,9 Mio. Menschen.

Kräftiger Anstieg der Inflationsrate

Nach vielen Jahren mit moderater Entwicklung haben die Verbraucherpreise 2021 merklich angezogen. Die Inflationsrate, basierend auf dem amtlichen Verbraucherpreisindex, stieg nahezu stetig von 1,0 % im Januar auf 5,3 % im Dezember. Im Jahresdurchschnitt verteuerten sich die Preise um 3,1 % und damit so kräftig wie seit 1993, im Nachgang des Wiedervereinigungsbooms, nicht mehr. 2020 hatte die Inflationsrate noch bei 0,5 % gelegen. Für den rasanten Anstieg der Inflationsrate waren verschiedene Sondereffekte verantwortlich, vor allem die Basiseffekte der vorübergehenden Mehrwertsteuersenkung vom 2. Halbjahr 2020 sowie die Ölpreiserholung nach dem Einbruch vom Frühjahr 2020. Auch die bereits erwähnten Lieferengpässe sowie die Einführung der nationalen CO₂-Bepreisung für die Sektoren Verkehr und Wärme wirkten spürbar preistreibend.

Abnehmende Dynamik in der Bauwirtschaft

Nachdem die preisbereinigte Bruttowertschöpfung des Baugewerbes 2020 noch um deutliche 3,8 % zugelegt hatte, gab sie 2021 leicht um 0,5 % nach. Grund hierfür waren unter anderem die witterungsbedingten Beeinträchtigungen zu Jahresbeginn, die stärker ausfielen als im Vorjahr. Auch fehlten einige Bauprojekte, die wegen der vorübergehenden Mehrwertsteuersenkung Ende 2020 vorgezogen worden waren. Zudem belasteten Lieferengpässe und starke Preissteigerungen bei Baumaterialien (unter anderem bei Holz, Stahl, Kunststoffen und Kupfer) die Aktivitäten. Hinzu kam, dass sich der Staat wegen der angespannten Finanzlage mit der Vergabe von Bauaufträgen zurückhielt. Dies hinterließ auch in den amtlichen Umsatzdaten der Monatsberichte für das Bauhauptgewerbe sichtbare Spuren. Diese Daten sind allerdings nicht preisbereinigt, sondern nur in jeweiligen Preisen verfügbar. Demnach sank der im öffentlichen Bau erzielte baugewerbliche Umsatz in den ersten drei Quartalen um 2,8 %, während im Wohnungsbau (+2,5 %) und im Wirtschaftsbau (+0,8 %) Anstiege zu verzeichnen waren.

Finanzmärkte

Corona, Materialengpässe und Inflation treiben die Märkte

Der Verlauf der Coronapandemie prägte im Jahr 2021 nicht nur das wirtschaftliche und gesellschaftliche Zusammenleben, sondern auch die Entwicklung der Finanzmärkte. Zum Jahresbeginn belasteten die gesellschaftlichen Einschränkungen zur Bekämpfung der Pandemie die Wirtschaft erheblich (ebenso wie zum Jahresende). Die wirtschaftlichen Perspektiven erschienen jedoch aufgrund der Entwicklung und Zulassung mehrerer Impfstoffe gegen das Coronavirus positiv. Im Frühjahr kam es dann zu der erwarteten dynamischen Bele-

bung der Konjunktur. Das Wirtschaftswachstum fiel aber bei Weitem nicht so hoch aus wie zuvor erwartet. Die Konjunktur wurde durch gravierende Materialengpässe gedämpft, die zahlreiche Industriezweige betrafen. Gleichzeitig stieg die Inflation ab Mitte des Jahres deutlich an. Neben den Materialengpässen waren hierfür auch steigende Energiepreise und mehrere temporäre Sonderfaktoren verantwortlich. In der zweiten Jahreshälfte rückte dann die Debatte über die Gefahr einer Verfestigung der Inflation in den Fokus. Mehrere Notenbanken strafften ihren geldpolitischen Kurs. Die Fed kündigte im Dezember einen schnelleren Ausstieg aus ihren Anleihekäufen an als zuvor geplant. Die Bank of England erhöhte als erste der großen Notenbanken ihren Leitzins. Demgegenüber gab die EZB noch kein klares Bekenntnis zu einem Ausstieg aus ihrer Minuszinspolitik.

EZB hadert mit Inflationsgefahren

Die EZB hat ihren ultralockeren geldpolitischen Kurs im Jahr 2021 fortgesetzt. Ein wesentlicher Pfeiler hierfür waren massive Anleihekäufe im Rahmen des seit dem Jahr 2014 laufenden Anleihekaufprogramms APP und der im März 2020 beschlossenen zusätzlichen Käufe im Rahmen des pandemiebedingten Notfall-Anleihekaufprogramms PEPP. Die Anleihebestände in den Büchern der EZB erhöhten sich beim APP um rund 200 Mrd. Euro auf 3.100 Mrd. Euro und beim PEPP um 840 Mrd. Euro auf rund 1.600 Mrd. Euro. Zusammengekommen erreichten die Anleihebestände ein Niveau von knapp 40 % des Euroraum-Bruttoinlandsprodukts. Dem Anstieg der Inflationsrate auf Werte oberhalb der 2-Prozentmarke zum Beginn der zweiten Jahreshälfte und im Dezember auf 5,0 % in der Spitze begegnete die EZB zunächst mit Gelassenheit. Noch Anfang November verwies sie auf die Sonderfaktoren und den mittelfristig nur verhaltenen Inflationsausblick. In den daran anschließenden Wochen wurde das Risiko einer Verfestigung der Inflation aber dann stärker als Risiko wahrgenommen. In der EZB-Ratssitzung im Dezember wurden allerdings nur erste, zaghafte Schritte in Richtung einer Zinswende vorgenommen. Wie erwartet wurde ein reguläres Ende des pandemiebedingten Notfall-Anleihekaufprogramms PEPP zum März 2022 angekündigt. Das pandemieunabhängige Kaufprogramm APP wird aber im Frühjahr 2022 zunächst noch einmal aufgestockt, bevor sich dann die Kaufvolumina im weiteren Verlauf des Jahres wieder verringern. Ein Enddatum für das Programm wurde nicht beschlossen. Eine Zinserhöhung im Jahr 2022 wurde von EZB-Präsidentin Christine Lagarde als „sehr unwahrscheinlich“ bezeichnet. Im Juli 2021 beschloss der EZB-Rat eine Überarbeitung seiner geldpolitischen Strategie. Insgesamt blieben die Veränderungen moderat, dürften aber alles in allem in der aktuellen Situation zu einer leichten Erhöhung der Inflationserwartungen beitragen. Die EZB strebt nun mittelfristig eine Inflationsrate von 2 % an, zuvor war als Ziel eine Teuerungsrate von unter, aber nahe 2 % formuliert worden. Zudem sollen perspektivisch in den Harmonisierten Verbraucherpreisindex (HVPI), der zur Messung des vorrangigen Ziels der Geldpolitik verwendet wird, die Kosten selbstgenutzten Wohneigentums einbezogen werden. Bislang werden nur Mietkosten erfasst. In der aktuellen Situation könnte dies nach Proberechnungen der europäischen Statistikbehörde Eurostat die ausgewiesene Inflationsrate um knapp einen viertel Prozentpunkt erhöhen. Allerdings sind mit der Umsetzung dieses Vorschlags zahlreiche methodische Herausforderungen verbunden, die noch gelöst werden müssen.

Anleiherenditen im Aufwärtsgang

Die Entwicklungen rund um die Pandemie waren für die Anleihemärkte im Jahr 2021 ein zentraler Treiber. In Phasen erhöhter Unsicherheit über den Fortgang der Pandemie und damit verbundenen Belastungen der Konjunktur stiegen die Kurse und entsprechend fielen die Renditen. Umgekehrt ging es mit den Kursen abwärts, wenn sich die Perspektiven aufhellten. Gleichzeitig sorgten die Anleihekäufe der EZB im Rahmen des seit 2014 bestehenden Programms APP und des Pandemie-Notfallanleihekaufprogramms PEPP durchgängig für Abwärtsdruck auf die Renditen.

Unter dem Eindruck steigender Impfquoten und dem Ende des Lockdowns tendierten die Renditen vom Jahresbeginn bis zum Frühjahr aufwärts. Die zehnjährige Bundrendite erhöhte sich von -0,54 % zum Jahresbeginn auf in der Spitze -0,11 % im Mai. Bis zum Spätsommer ging es mit den Renditen dann wieder bergab. Treiber war der für die Pandemiebekämpfung unzureichende Impffortschritt. Nach einem erneuten Anstieg der Renditen bis in den Oktober hinein mit einem Hoch von -0,12 % ging es dann mit den Sorgen vor der vierten Viruswelle im Herbst und dem Auftauchen der Omikron-Variante mit den Renditen wieder bergab.

Zum Jahresende waren es dann die Notenbanken, die einen erneuten Anstieg der Renditen auslösten. Die Fed straffte im Dezember ihren erst im November festgelegten Tapering-Plan deutlich. Damit wurden an den Märkten mehrere Zinsschritte der US-Notenbanken im Jahr 2022 für wahrscheinlich gehalten, was die Renditen nach oben zog. Gleichzeitig erhöhte sich der Druck auf die EZB, dem US-Vorbild zu folgen und einen konkreten Ausstiegsplan vorzulegen. Obgleich die europäischen Währungshüter wenig greifbare Signale in diese Richtung vorlegten, bewegten sich die Renditen zum Jahresende auch im Euroraum deutlich aufwärts. Zum Jahresende lag die Rendite zehnjähriger Bundesanleihen bei -0,18 % und hatte sich damit über das gesamte Jahr hinweg wieder sichtbar in Richtung der Null-Prozentmarke bewegt. Ein Jahr zuvor war die Rendite noch 40 Basispunkte höher gewesen. In den USA lag die Rendite zehnjähriger Bundesanleihen zum Jahresultimo bei 1,50 %, 59 Basispunkte höher als ein Jahr zuvor. Der transatlantische Zinsspread erhöhte sich dadurch im Jahresverlauf wieder, nachdem er sich im Jahr 2021 im Vorjahresvergleich verengt hatte.

Euro schwächt sich ab

Die europäische Gemeinschaftswährung schwächte sich im Jahresverlauf gegenüber dem US-Dollar moderat ab. Eine wesentliche Ursache hierfür waren die unterschiedlichen Wachstums- und Zinsperspektiven der beiden Währungsräume. Die Fed gab im Jahresverlauf immer deutlichere Signale auf einen Ausstieg aus ihrem Anleihekaufprogramm und daran anschließende Zinserhöhungen. Die EZB beschloss im Dezember einen Ausstieg aus ihrem pandemiebedingten Notfallanleihekaufprogramm PEPP im März 2022, legte sich aber auf keinen Endtermin der verbleibenden Anleihekäufe im Rahmen des pandemieunabhängigen Kaufprogramms APP fest. Ein Ende der Anleihekäufe wurde von ihr als Voraussetzung für Zinserhöhungen genannt. Zum Jahresschluss notierte die Gemeinschaftswährung bei 1,1326 US-Dollar, das waren 7,7 % weniger als ein Jahr zuvor.

DAX schließt mit solidem Plus

Das Aktienjahr 2021 war zweigeteilt. In der ersten Jahreshälfte konnte der DAX substanzielle Zuwächse erzielen. Eine Triebfeder waren die Erfolge von Pharmakonzernen, die wirksame Coronaimpfstoffe herstellen konnten. Damit verbunden war die Erwartung einer schnellen Erholung der Wirtschaft und einer Normalisierung des gesellschaftlichen Lebens. Der DAX überwand Ende März erstmals die Marke von 15.000 Punkten und lag am Ende der ersten Jahreshälfte bei 15.531,04 Punkten, dies entspricht einem Plus zum Jahresbeginn um 13,2 %. Nicht an dem Boom teilhaben konnten Unternehmen aus dem Freizeit- und Reisebereich. In der zweiten Jahreshälfte blieb die Aufwärtstendenz zwar erhalten, die Dynamik flachte jedoch deutlich ab. Die Impfkampagnen verloren nach anfänglichen Erfolgen merklich an Fahrt. Damit erfüllten sich die Hoffnungen auf eine Herdenimmunität nicht. Auch bremsten die ausgeprägten Materialknappheiten aufgrund von Störungen der internationalen Lieferketten und der außergewöhnlich hohen globalen Nachfrage die Wirtschaft deutlich stärker als noch im Frühjahr erwartet. Die Inflation erwies sich infolgedessen als langwieriger als erwartet. Dies belebte die Debatte um einen geldpolitischen Kurswechsel, die dann zum Jahresende hin zu einer festeren Geldpolitik in mehreren großen Volkswirtschaften führte. Die Fed entschied sich, ihre Anleihekäufe schneller als zunächst geplant zurückzuführen und die Bank of England erhöhte als erste der großen Notenbanken den Leitzins.

Trotz dieser belastenden Entwicklungen erzielte der DAX im November mit 16.251 Punkten noch einen historischen Höchststand. Bis zum Jahresende gab er dann wieder etwas nach. Negativ auf die Aktienkurse wirkte zum Ende des Jahres vor allem die neue Coronavariante Omikron, die zwar schon früh mit weniger schweren Krankheitsverläufen verbunden wurde, sich gleichzeitig aber als deutlich ansteckender herausstellte. Daher wurde mit Omikron die Sorge breiter Produktionsausfälle verbunden, ähnlich wie bei einem wirtschaftlichen Lockdown. Zum Jahresende schloss der DAX mit 15.884,86 Punkten, damit lag er 2,3 % höher als zur Jahresmitte. Im Vergleich zum Vorjahr entspricht dies einem Zuwachs um 15,8 %

Entwicklung der PSD Bankengruppe im Jahr 2021

Die PSD Banken blieben auch im Jahr 2021 auf Wachstumskurs. Die addierte Bilanzsumme der 14 Banken stieg um 793 Mio. EUR (oder 3,0 Prozent) auf insgesamt 27.686 Mio. EUR.

II.2 Leistungsindikatoren

Definition unserer bedeutsamsten Leistungsindikatoren

Über unsere strategische Eckwert- und Kapitalplanung planen und steuern wir die Entwicklung unseres Instituts auf Grundlage von Kennzahlen und Limiten. Dabei verwenden wir die folgenden bedeutsamsten finanziellen Leistungsindikatoren, die sich auch aus unserer Geschäfts- und Risikostrategie ableiten lassen und die wir mit Hilfe unseres internen Berichtswesens regelmäßig überwachen:

- Als bedeutsamster Leistungsindikator für die Rentabilität der Bank wird die Relation des Jahresüberschusses vor Steuern und vor der Zuführung/Auflösung des Fonds für allgemeine Bankrisiken nach § 340g HGB zur durchschnittlichen Bilanzsumme (nachfolgend: „JÜ vor Steuern/dBS“) festgelegt. Die Kennzahl JÜ vor Steuern/dBS misst die Ertragskraft der Bank in Relation zum Geschäftswachstum, gemessen als durchschnittliche Bilanzsumme.
- Als Leistungsindikator für die Wirtschaftlichkeit/Effizienz oder Produktivität unseres Instituts wurde die Cost Income Ratio (nachfolgend: „CIR“) bestimmt. Sie stellt das Verhältnis der Verwaltungsaufwendungen zum Zins- und Provisionsergebnis (inkl. laufender Erträge aus Aktien und anderen nicht festverzinslichen Wertpapieren) sowie dem Saldo der sonstigen betrieblichen Erträge und Aufwendungen dar.
- Zur Sicherung der Zukunftsfähigkeit der Bank durch nachhaltiges Wachstum werden im Kontext steigender Kapitalanforderungen angemessene Eigenmittel benötigt. Als bedeutsamster Leistungsindikator für die Kapitalausstattung dient die harte Kernkapitalquote nach Art. 92 Abs. 2 CRR (Kernkapital des Instituts in Prozent des Gesamtrisikobetrags).

Entwicklung unserer bedeutsamsten finanziellen Leistungsindikatoren im Geschäftsjahr 2021

Die Entwicklung der von uns definierten bedeutsamsten finanziellen Leistungsindikatoren im Geschäftsjahr 2021 stellt sich wie folgt dar:

Die Rentabilitätskennzahl Jahresüberschuss vor Steuern/dBS lag wie im Vorjahr bei 0,72 %. Die Kennzahlen des Geschäftsjahres und des Vorjahres sind durch Sonderfaktoren positiv beeinflusst. Die CIR lag im Geschäftsjahr 2021 bei 56,1 % (Vorjahr: 62,7 %). Die Kernkapitalquote belief sich auf 11,79 %; ein Zuwachs von 0,78 Prozentpunkten gegenüber dem Vorjahr.

Die Entwicklung aller bedeutsamsten Leistungsindikatoren liegt im Wesentlichen im Rahmen unserer Erwartungen.

II.3 Geschäftsverlauf der PSD Bank Nürnberg eG

	Berichtsjahr TEUR	Vorjahr TEUR	+/-	Veränderung TEUR	%
Bilanzsumme	4.644.110	4.513.491	+	130.619	2,9
Außerbilanzielle Geschäfte	509.595	519.480	-	9.885	1,9

Die Bilanzsumme erhöhte sich um 130.619 TEUR auf 4.644.110 TEUR. Maßgeblich hierfür waren insbesondere das Wachstum im Kundenkredit- und Kundeneinlagengeschäft sowie die Zunahme bei den täglich fälligen Forderungen an Kreditinstituten (Zentralbank). Dem Wachstum im Wertpapiergeschäft (Einbringung von Immobilien in die PSD WB Invest GmbH & Co. geschlossene InvKG, hierbei handelt es sich um ein Tochterunternehmen, das als Fonds bilanziert wird) steht ein entsprechender Rückgang in den Sachanlagen gegenüber. Die außerbilanziellen Geschäfte, die sich aus Eventualverbindlichkeiten in Höhe von 138 TEUR (davon Bürgschaften 138 TEUR) aus anderen Verpflichtungen in Höhe von 224.457 TEUR und derivativen Geschäften in Höhe von nominell 285.000 TEUR zusammen setzen, liegen unter dem Vorjahresniveau.

Aktivgeschäft	Berichtsjahr TEUR	Vorjahr TEUR	+/-	Veränderung TEUR	%
Kundenforderungen	3.536.983	3.457.568	+	79.415	2,3
Wertpapiere	723.264	700.179	+	23.085	3,3
Forderungen an Kreditinstitute	82.258	25.223	+	57.035	226,1

Die Entwicklung des Aktivgeschäfts lag leicht unter den in der Vorperiode berichteten Prognosen. Die geplanten Ziele wurden teilweise nicht erreicht. Aufgrund der Marktzinsrückgänge, insbesondere im 3. Quartal, wurden die Neugeschäftsaktivitäten im Baufinanzierungsgeschäft reduziert.

In der Struktur der Aktivseite sind im Berichtsjahr keine wesentlichen Veränderungen zu verzeichnen. Die Forderungen an Kreditinstitute haben sich aufgrund einer erhöhten Liquiditätshaltung erhöht.

Passivgeschäft	Berichtsjahr TEUR	Vorjahr TEUR	+/-	Veränderung TEUR	%
Verbindlichkeiten gegenüber Kreditinstituten	670.285	676.592	-	6.307	0,9
Spareinlagen von Kunden	825.479	819.214	+	6.265	0,8
andere Einlagen von Kunden	2.724.271	2.621.323	+	102.948	3,9

Die Entwicklung des Passivgeschäfts entsprach im Wesentlichen den in der Vorperiode berichteten Prognosen. Das Wachstum der Kundeneinlagen lag deutlich über dem Planwert. Ursächlich hierfür war vor allem der Zuwachs neuer Gehaltsgirokonten.

In der Struktur der Passivseite sind aufgrund der anhaltenden Niedrigzinsphase am Geld- und Kapitalmarkt im Berichtsjahr keine wesentlichen Veränderungen zu verzeichnen.

In der Erhöhung der anderen Einlagen von Kunden sind in geringem Umfang weitere Emissionen von Pfandbriefen enthalten.

Dienstleistungsgeschäft	Berichtsjahr TEUR	Vorjahr TEUR	+/-	Veränderung TEUR	%
Erträge aus Wertpapierdienstleistungs- und Depotgeschäften	2.625	2.141	+	484	22,6
andere Vermittlungserträge	1.040	694	+	346	49,9
Erträge aus Zahlungsverkehr	814	1.064	-	250	23,5

Die Entwicklung des Dienstleistungsgeschäftes entsprach im Wesentlichen den in der Vorperiode berichteten Prognosen. Die geplanten Ziele wurden teilweise nicht erreicht.

Die Erträge aus dem Wertpapierdienstleistungs- und Depotgeschäft und die Vermittlungserträge aus Wertpapier-Sparverträgen und dem Bauspar- und Versicherungsgeschäft konnten erhöht werden.

Erträge aus dem Zahlungsverkehr waren aufgrund niedrigerer Erträge aus Kontoführungsgebühren rückläufig.

Immobilien-geschäft

Darüber hinaus investieren wir in Wohnimmobilien und Gewerbeimmobilien zur Erzielung von Mieterträgen. Im Geschäftsjahr haben wir durch den Verkauf einer Immobilie und die weitere Einbringung von bankeigenen Immobilien in eine Tochtergesellschaft den Bestand an Grundstücken und Gebäuden auf 62 Mio. EUR reduziert (Vorjahr 95 Mio. EUR).

Investitionen

Die Gesamtinvestitionen betragen im Berichtsjahr 7.376 TEUR.

Im Berichtsjahr wurden in Betriebs- und Geschäftsausstattung und in immaterielle Anlagewerte 443 TEUR investiert.

Sonstige wichtige Vorgänge im Geschäftsjahr

Das Geschäftsjahr war durch keine außergewöhnlichen Vorgänge gekennzeichnet. Durch die weitere Einbringung bankeigener Immobilien in die Tochtergesellschaft, PSD WB Invest GmbH & Co. geschlossene InvKG, sowie die Veräußerung einer Immobilie wurden stille Reserven in Höhe von 15.577 TEUR realisiert.

II.4. Lage der PSD Bank Nürnberg eG

II.4.1 Ertragslage

Die wesentlichen Erfolgskomponenten unserer Bank haben sich gegenüber dem Vorjahr wie folgt entwickelt:

Gewinn- und Verlustrechnung	Berichtsjahr TEUR	Vorjahr TEUR	+/-	Veränderung TEUR	%
Zinsüberschuss ¹⁾	48.457	49.662	-	1.205	2,4
Laufende Erträge aus Aktien und anderen nicht festverzinslichen Wertpapieren	7.975	2.262	+	5.713	252,6
Provisionsüberschuss ²⁾	-455	-1.617	+	1.162	71,9
Sonstiges betriebliches Ergebnis ³⁾	18.560	13.374	+	5.186	38,8
Verwaltungsaufwendungen					
a) Personalaufwendungen	16.699	16.129	+	570	3,5
b) andere Verwaltungsaufwendungen	22.081	19.518	+	2.563	13,1
Bewertungsergebnis ⁴⁾	-244	6.862	-	7.106	103,6
Ergebnis der normalen Geschäftstätigkeit	33.128	31.010	+	2.118	6,8
Steueraufwand	6.355	5.748	+	607	10,6
Jahresüberschuss	6.023	5.762	+	261	4,5

1) GuV - Posten 1 abzüglich GuV - Posten 2.

2) GuV - Posten 5 abzüglich GuV - Posten 6.

3) GuV - Posten 8 abzüglich GuV - Posten 12.

4) GuV - Posten 13 - 16

Im Berichtsjahr war ein Rückgang des Zinsüberschusses zu verzeichnen.

Die Veränderung begründet sich hauptsächlich durch gesunkene Zinserträge im Kreditgeschäft in Folge der Marktzinsrückgänge. Die Erhöhung der laufenden Erträge aus Aktien und anderen nicht festverzinslichen Wertpapieren ist im Wesentlichen auf die Ertragsausschüttung eines Immobilienfonds und der Tochtergesellschaft PSD WB Invest GmbH & Co. geschlossene InvKG, in die Immobilien übertragen wurden, sowie auf die höhere Ausschüttung eines Spezialfonds zurückzuführen.

Die positiven Veränderungen des Provisionsüberschusses sind zurückzuführen auf weiterhin erhöhte Provisionserträge aus dem Wertpapiergeschäft, der Vermittlung von Krediten, Bauspar-/ Sparverträgen und aus dem Zahlungsverkehr sowie verringerte Aufwendungen für Kreditvermittlungen.

Im sonstigen betrieblichen Ergebnis war bedingt durch Sondereffekte in Verbindung mit der Einbringung von bankeigenen, fremd- und eigengenutzten Immobilien in das Tochterunternehmen (Ertrag 14,6 Mio. EUR) und der Veräußerung einer Immobilie (Ertrag 0,9 Mio. EUR) ein Anstieg zu verzeichnen.

Die sonstigen betrieblichen Erträge aus Vermietung und Verpachtung reduzierten sich von im Vorjahr 7.637 TEUR um 4.064 TEUR auf 3.573 TEUR.

Abschreibungen auf fremd- und eigengenutzte Gebäude reduzierten sich von 3.591 TEUR im Vorjahr um 491 TEUR auf 3.100 TEUR aufgrund der Übertragung der Immobilien in eine Tochtergesellschaft.

Der durchschnittliche Personalbestand hat sich gegenüber dem Vorjahr leicht vermindert. Tarifliche und individuelle Gehaltssteigerungen führten zu einem leichten Anstieg der Personalaufwendungen.

Die Erhöhung der Verwaltungsaufwendungen ist zurückzuführen auf erhöhte Geschäftstätigkeit und allgemeine Preissteigerungen.

Das Bewertungsergebnis hat sich gegenüber dem Vorjahr um 7.106 TEUR reduziert. Der Rückgang ist im Wesentlichen darauf zurückzuführen, dass im Vorjahr Erträge und Aufwendungen aus der Einbringung von Anteilen an verbundenen Unternehmen in ein Tochterunternehmen enthalten waren.

Die Aufwands-/Ertragsrelation (Cost-Income-Ratio - CIR) / (vg. Definition im Abschnitt II.2) reduzierte sich gegenüber dem Vorjahr von 62,7 % auf 56,1 %.

Das Ergebnis der normalen Geschäftstätigkeit hat sich im Vorjahresvergleich erhöht.

Ursachen hierfür sind im Wesentlichen die oben dargestellten Faktoren.

Der Vorstand schlägt vor, vom Bilanzgewinn in Höhe von 6.023 TEUR, 5.334 TEUR den Rücklagen zuzuweisen.

Die Entwicklung der Ertragslage, gemessen an der Rentabilitätskennzahl JÜ vor Steuern/dBS, entspricht im Wesentlichen unserer in der Vorperiode berichteten Prognose.

II.4.2 Finanz- und Liquiditätslage

Die Entwicklung der Finanzlage entsprach unserer in der Vorperiode berichteten Prognose.

Die vorhandenen liquiden Mittel reichten im Geschäftsjahr aus, um die aufsichtsrechtlichen Anforderungen (Mindestreservebestimmungen und Bestimmungen der CRR) zu erfüllen. Den Zahlungsverpflichtungen nach Art, Höhe und Fristigkeit konnte im Berichtsjahr stets nachgekommen werden. Die monatlichen Meldungen der Liquidity Coverage Ratio (LCR) wiesen im Berichtszeitraum einen Wert von mindestens 204 aus. Zum Bilanzstichtag lag die Stresskennzahl bei 224.

Die liquiden Mittel haben sich im Vergleich zum Vorjahr merklich erhöht. Dies ist im Wesentlichen darauf zurückzuführen, dass wir weitere Aufnahmen von Refinanzierungen getätigt haben.

Die Refinanzierung der erhöhten Kundenforderungen erfolgte im Wesentlichen durch Spareinlagen und andere Einlagen von Kunden.

Ein großer Teil der Wertpapiere der Liquiditätsreserve - mit Ausnahme der Fonds - ist notenbankfähig und kann somit bei der Bundesbank zum Erhalt liquider Mittel hinterlegt werden.

Neben den dargestellten liquiden Mitteln stehen uns kurzfristig verfügbare Kreditlinien bei unserer genossenschaftlichen Zentralbank (DZ BANK AG) und die Refinanzierungsfazilitäten der EZB zur Verfügung. Das Angebot der Deutschen Bundesbank, Refinanzierungsgeschäfte in Form von Offenmarktgeschäften abzuschließen, wurde genutzt. Übernachtkredite (Spitzenrefinanzierungsfazilität) wurden nicht in Anspruch genommen. Die eingeräumten Kreditlinien der DZ BANK AG haben wir im Jahresverlauf nicht in Anspruch genommen. Mit einer Beeinträchtigung der Liquiditätslage ist aufgrund unserer Planungen in den nächsten Jahren nicht zu rechnen.

Bis zur Erstellung des Lageberichts liegen keine Anhaltspunkte für Umstände vor, die die Liquiditätslage der

Bank nachteilig verändern könnten.
 Weitere Ausführungen finden sich unter IV.2.3 Liquiditätsrisiken.

II.4.3 Vermögenslage

Die Entwicklung der Vermögenslage hat unsere in der Vorperiode berichtete Prognose leicht übertroffen.

Eigenkapital

Das bilanzielle Eigenkapital stellt sich gegenüber dem Vorjahr wie folgt dar:

Eigenkapital	Berichtsjahr TEUR	Vorjahr TEUR	+/-	Veränderung TEUR	%
Gezeichnetes Kapital	<u>28.292</u>	<u>27.237</u>	+	1.055	3,9
Rücklagen	<u>129.638</u>	<u>123.967</u>	+	5.671	4,6

Wesentliche Veränderungen beim Eigenkapital ergaben sich durch Gewinnthesaurierung und den Ausbau der Geschäftsguthaben unserer Mitglieder. Daneben besteht ein Fonds für allgemeine Bankrisiken nach § 340g HGB in Höhe von 161.600 TEUR.

Der Anteil der bilanziellen Eigenmittel an der Bilanzsumme hat sich von 8,32 % auf 8,68 % erhöht.

Die harte Kernkapitalquote beläuft sich auf 11,79 % und konnte deutlich erhöht werden. Die wesentliche Ursache hierfür ist die Zunahme der eingezahlten Kapitalinstrumente und die Rücklagenbildung aus Gewinnthesaurierung. Die aufsichtsrechtlich geforderte Mindestgröße wurde jederzeit erfüllt. Eine Stärkung der Eigenmittelausstattung ist weiterhin vorrangiges Ziel der Geschäftspolitik.

Die Gesamtkapitalquote beläuft sich auf 14,97 % und konnte deutlich erhöht werden. Die aufsichtsrechtlich geforderte Mindestgröße wurde jederzeit erfüllt.

Die Kapitalrendite gemäß § 26a Abs. 1 Satz 4 KWG (Quotient aus Nettogewinn (Nettogewinn = Jahresüberschuss nach Steuern) und Bilanzsumme) beläuft sich auf 0,13 %. Unter Berücksichtigung der Zuführungen zum Fonds für allgemeine Bankrisiken würde sich eine Kapitalrendite von 0,58 % ergeben.

Kundenforderungen

Der Anteil der Kundenforderungen an der Bilanzsumme beträgt 76,16 %.

Das Bruttokundenkreditvolumen (Kundenforderungen und unwiderrufliche Kreditzusagen) entfällt nahezu vollständig auf Privatkunden.

Im Kundenkreditgeschäft bestehen keine besonderen strukturellen Risiken und Risikokonzentrationen.

Die Größenklassengliederung ist ausgewogen. Von den Kundenfinanzierungen entfallen 8,7 % auf die Größenklasse ab 500 TEUR.

Risiken im Kreditgeschäft sind in voller Höhe durch Einzelwertberichtigungen und Pauschalwertberichtigungen abgesichert.

Die aufsichtsrechtlichen Kreditgrenzen sowie die festgelegten Kreditbeschränkungen nach § 49 GenG wurden im Berichtszeitraum stets eingehalten.

Wertpapiere

Die Wertpapieranlagen unserer Bank setzen sich wie folgt zusammen:

Wertpapiere	Berichtsjahr TEUR	Vorjahr TEUR	+/-	Veränderung TEUR	%
Anlagevermögen	<u>326.093</u>	<u>281.193</u>	+	44.900	16,0
Liquiditätsreserve	<u>397.172</u>	<u>418.986</u>	-	21.814	5,2

Die eigenen Wertpapieranlagen haben insgesamt einen Anteil von 15,57 % an der Bilanzsumme. Hiervon entfällt ein Anteil von 4,79 % auf Schuldverschreibungen und andere festverzinsliche Wertpapiere (Aktivposten 5) bzw. von 10,78 % auf Aktien und andere nicht festverzinsliche Wertpapiere (Aktivposten 6).

In den festverzinslichen Wertpapieren sind EUR-Anleihen ausländischer Emittenten in Höhe von 138.749 TEUR enthalten. Anleihen in ausländischer Währung halten wir nicht.

Die wie Umlaufvermögen behandelten Wertpapiere sind nach dem strengen Niederstwertprinzip bewertet.

Vom gesamten Wertpapierbestand wurde ein Teilbetrag in Höhe von 326.093 TEUR wie Anlagevermögen be-

wertet. Dadurch wurden Abschreibungen in Höhe von 81 TEUR vermieden. Strukturierte Finanzinstrumente wurden als einheitlicher Vermögensgegenstand nach den allgemeinen Grundsätzen bilanziert und bewertet.

Weitere wesentliche Aktiv- und Passivstrukturen

Das Sachanlagevermögen ist deutlich gesunken, da im Geschäftsjahr Immobilien in die Tochtergesellschaft, PSD WB Invest GmbH & Co.geschlossene InvKG eingebracht wurden. Dies führte zur Erhöhung der Position Aktien und nicht festverzinsliche Wertpapiere. Außerdem wurde eine Immobilie verkauft.

Derivategeschäfte

Es bestehen Zinsderivate in einem Umfang von 285.000 TEUR, die der Steuerung des Zinsänderungsrisikos (Aktiv-Passiv-Steuerung) dienen. Diese Derivate werden in die verlustfreie Bewertung des Zinsbuches einbezogen. Zinsswaps mit langen Laufzeiten, deren Laufzeit die im Zinsbuch der Bank kontrahierten Geschäfte der Bank deutlich überschreitet, wurden in Bezug auf den laufzeitinkongruenten Teil nach den Grundsätzen des Imparitäts- und Realisationsprinzips einzeln bewertet.

II.5 Zusammenfassende Beurteilung des Geschäftsverlaufs und der Lage

Wir beurteilen die Geschäftsentwicklung und die wirtschaftliche Lage unseres Hauses im Vergleich zum Vorjahr und zur ursprünglichen Planung als gut. Die Geschäftsentwicklung wurde durch geplante Maßnahmen (z.B. Übertragung weiterer Immobilien in die InvestmentKG) positiv beeinflusst und konnte unsere Erwartungen im Wesentlichen erfüllen. Das Wachstum des für die Bank wichtigsten Geschäftsbereichs, dem Geschäft mit Kunden, setzte sich fort. Jedoch wurden beim Kreditgeschäft die Erwartungen nicht vollständig erreicht. Das Wachstum der Verbindlichkeiten gegenüber Kunden lag deutlich über dem Planwert.

Die Vermögenslage der Bank zeichnet sich durch eine gegenüber dem Vorjahr deutlich verbesserte Eigenkapitalausstattung aus. Die aufsichtsrechtlichen Anforderungen wurden sowohl im Vorjahr, als auch im Geschäftsjahr, jederzeit eingehalten. Für erkennbare und latente Risiken in den Kundenforderungen wurden Wertberichtigungen gebildet. Dem allgemeinen Kreditrisiko ist durch Abzug von Pauschalwertberichtigungen Rechnung getragen worden.

Finanzlage und Liquiditätsausstattung entsprechen den aufsichtsrechtlichen und betrieblichen Erfordernissen. Die Entwicklung der Ertragslage, gemessen an der Rentabilitätskennzahl JÜ vor Steuern/dBS liegt im Rahmen der in der Vorperiode berichteten Prognose.

III. Risiken der künftigen Entwicklung (Risikobericht)

III.1 Risikomanagementsystem

Die Ausgestaltung unseres Risikomanagements ist bestimmt durch unsere Geschäfts- und Risikostrategie, die hieraus abgeleiteten operativen Zielgrößen und Plandaten sowie die Risikotragfähigkeit der Bank. Im Rahmen der jährlichen Risikoinventur identifizieren, quantifizieren, beurteilen und dokumentieren wir unsere Risiken. Wir legen die für uns wesentlichen Risiken fest und entwickeln entsprechende Risikostrategien.

Die Risikoquantifizierung erfolgt anhand des GuV-orientierten Risikotragfähigkeitskonzepts.

Durch eine Eckwertplanung über einen Zeitraum von fünf Jahren und mit Hilfe von Kennzahlen und Limitsystemen planen und steuern wir die Entwicklung unseres Instituts.

Im Rahmen einer regelmäßigen Risikoberichterstattung bzw. Ad-hoc-Berichterstattung werden Vorstand und Aufsichtsrat informiert.

Die Funktionsfähigkeit und Angemessenheit aller Risikocontrolling- und Risikomanagement-Aktivitäten werden durch die Interne Revision geprüft.

Unsere im Rahmen unserer GuV-orientierten Risikosteuerung ermittelten Risikodeckungspotenziale nach Abzug der aufsichtsrechtlich gebundenen Deckungsmasse und ggf. weiterer Abzugspositionen zum Bilanzstichtag betragen 187,2 Mio. EUR. Davon wurden 60,5 Mio. EUR als Risikobudgets im Standardszenario bereitgestellt. Demgegenüber standen aggregierte Gesamtbankrisiken im schlechtesten Standardszenario in Höhe von 40,4 Mio. EUR, die sich wie folgt auf unsere wesentlichen Risikoarten verteilen: Marktpreisrisiken 14,6 Mio. EUR, Adressrisiken 8,8 Mio. EUR, Immobilienrisiken 15,0 Mio. EUR sowie operationelle Risiken 2,0 Mio. EUR. Das Gesamtbankrisikolimit wurde in 2021 auch im schlechtesten Standardszenario jederzeit eingehalten. Im historischen und im hypothetischen, risikoartenspezifischen Stressszenario (quartalsmäßige Risikomessung) werden die ermittelten Risikodeckungspotenziale in voller Höhe als Gesamtbankrisikolimit zur Verfügung gestellt. Die Risiken aus allen Risikoarten werden addiert. Das Gesamtbankrisikolimit für die historischen und hypothetischen, risikoartenspezifischen Stressszenarien wurde in 2021 jederzeit eingehalten.

Nachfolgend stellen wir unsere wesentlichen Risikokategorien dar:

III.2 Marktpreisrisiken

Zinsänderungsrisiken

Die Zinsänderungsrisiken/-chancen messen wir monatlich mit Hilfe einer dynamischen Zinselastizitätsbilanz.

Die gemessenen Risiken werden in einem Limitsystem dem entsprechenden Teillimit gegenübergestellt, dessen Überschreiten die Anwendung bestimmter Maßnahmen auslöst.

Zur Ermittlung der Auswirkungen von Zinsänderungen verwenden wir unterschiedliche Zinsszenarien, wobei zwischen Normal- und Stressszenarien unterschieden wird (konstante Zinsen und auf historischen Marktentwicklungen basierende VR-Zinsszenarien mit steigenden, fallenden Zinsen sowie flacherer und steilerer Zinsstrukturkurve).

Für die Beurteilung des strategischen Zinsbuches wird ergänzend das Barwertkonzept eingesetzt. Für die wesentlichen variablen Positionen hat die Bank Ablauffiktionen auf der Grundlage gleitender Durchschnitte ermittelt. Aufgrund des von uns eingegangenen Zinsänderungsrisikos ist ein deutlicher Rückgang des Zinsbuchwertes bei steigenden Zinssätzen zu erwarten. Die Bank setzt bei ihrer Zinsrisikosteuerung auf Gesamtbankenebene verschiedene Zinssicherungsinstrumente ein. Im Rahmen der Aktiv-Passiv-Steuerung haben wir dazu Zinsswaps abgeschlossen.

Sonstige Marktpreisrisiken

Daneben bestehen Risiken aus festverzinslichen Wertpapieren und alternativen Investitionen.

Diese weiteren für uns wesentlichen Marktpreisrisiken werden entsprechend den aufsichtsrechtlichen Regelungen bei der Gesamtbanksteuerung berücksichtigt. Für unsere Wertpapiere, die täglich bewertet werden, führen wir entsprechende Verlustlimite. Im Geschäftsjahr war die Summe der wesentlichen Risiken jederzeit durch die bankindividuelle Risikotragfähigkeit abgedeckt.

III.3 Adressenausfallrisiken

Forderungen an Kunden

Die Kreditrisiken im Kundengeschäft messen wir mittels des Kreditportfoliomodells Kundengeschäft aus dem Software-Modul VR-Control KRM mit einem Konfidenzniveau von 99,0% und einer Haltedauer von 250 Tagen. Mit Hilfe der internen Rating-Verfahren bestimmen wir die jeweilige Ausfallwahrscheinlichkeit. Als Exposuregröße verwenden wir das Netto-Blankovolumen bezogen auf das Risikovolumen. Der Risikoausweis wird aus der Summe des Expected Losses (erwarteter Verlust) und des Credit Value at Risk (CVaR = unerwarteter Verlust) dargestellt.

Die Überwachung und Steuerung des Kreditgeschäfts erfolgt auf der Basis von Limitierungen und Steuerungsvorgaben für das Neugeschäft. Unsere Auswertungen geben Auskunft über die Verteilung des Kreditvolumens nach Branchen, Größenklassen, Sicherheiten und Risikoklassen. Risikokonzentrationen sind nicht vorhanden. Risikovorsorge wird auf Basis der handelsrechtlichen Vorschriften gebildet.

Im Übrigen verweisen wir auf unsere Ausführungen im Rahmen der Darstellung von Geschäftsverlauf und Lage.

Eigenanlagen

Für die Identifizierung, Beurteilung und Überwachung der Risiken greifen wir auf die Ratingergebnisse von Ratingagenturen, eigene Analysen von Berichten und Veröffentlichungen sowie Beobachtungen der Spreadentwicklungen der Emittenten zurück.

Als Risikoausweis stellen wir die Summe aus Expected Loss (erwarteter Verlust) und Credit Value at Risk (CVaR = unerwarteter Verlust) dar.

Die Messung der Adressrisiken bei den Eigenanlagen erfolgt durch das Kreditportfoliomodell für Eigengeschäfte indem das zukünftige Verhalten definierter Risikoparameter auf Basis von Zufallszahlen in einer Monte-Carlo-Simulation abgebildet wird (Konfidenzniveau 99 % / Risikohorizont 12 Monate).

Diesen Risiken begegnen wir dadurch, dass wir hauptsächlich Wertpapiere von Emittenten bzw. aus Emissionen erwerben, deren Rating von einer anerkannten Ratingagentur als „Investment Grade“ beurteilt wurde. Das Ausfallrisiko begrenzen wir durch ein System interner Strukturlimite, die eine hinreichende Streuung des Depotbestandes gewährleisten.

Wir führen derzeit neben Verbundbeteiligungen auch Beteiligungen außerhalb der genossenschaftlichen Finanzgruppe. Wir beurteilen Beteiligungsrisiken nicht als wesentliche Risikoart.

Für weitere Ausführungen zu den Wertpapieren verweisen wir auf unsere Darstellungen im Rahmen der Darstellung von Geschäftsverlauf und Lage.

Länderrisiken

Länderrisiken sind insgesamt von untergeordneter Bedeutung und bestehen nur im Bereich der Eigengeschäfte.

III.4 Liquiditätsrisiken

Da das Zahlungsunfähigkeitsrisiko aufgrund seiner Eigenart nicht sinnvoll mit Risikodeckungspotential begrenzt und somit nicht in die klassische Risikotragfähigkeit integriert werden kann, haben wir diesbezüglich einen weiteren Prozess (Liquiditätstragfähigkeit) in die Risikosteuerungs- und Controllingprozesse aufgenommen.

Zur frühzeitigen Erkennung eines Liquiditätsengpasses wird die LCR-Kennziffer gemessen und gesteuert. Im Geschäftsjahr lag sie stets über dem geforderten Mindestwert von 100 %.

Die Überwachung der Liquiditätstragfähigkeit bzw. die Steuerung des Zahlungsunfähigkeitsrisikos erfolgt mit Hilfe entsprechender Liquiditätsablaufbilanzen (LAB), in welchen wir die szenariospezifischen Zahlungsmittelabflüsse den szenariospezifischen Zahlungsmittelzuflüssen an den jeweiligen Zahlungsmittelzeitpunkten gegenüberstellen. Sofern sich hieraus im Zeitverlauf ein kumulierter Zahlungsmittelbedarf entwickelt, prüfen wir, ob dieser mit dem jeweilig definierten Liquiditätsdeckungspotential (LDP) für einen zuvor definierten Zeitraum (Liquiditätshorizont bzw. Überlebenshorizont) im jeweiligen betrachteten Szenario abgedeckt werden kann. In Hinblick auf unsere Refinanzierungsquellen verweisen wir auf Abschnitt II.3.2 Finanz- und Liquiditätslage.

Im Zuge der Eckwertplanung erstellt die Bank einen Refinanzierungsplan für den jeweiligen Planungshorizont. Zur Sicherstellung der mittel- bis langfristigen strukturellen Liquidität beobachten wir regelmäßig die NSFR (Net Stable Funding Ratio). Damit beurteilen wir insbesondere die Abhängigkeit von kurzfristigen Refinanzierungen sowie unsere Stressresistenz insgesamt. Zum Bilanzstichtag lag die NSFR bei 126 % und damit über der Mindestanforderung von 100 %.

Das Refinanzierungskostenrisiko wurde im Rahmen der Risikoinventur als unwesentlich eingestuft. In liquiditätsmäßig engen Märkten sind wir nicht engagiert. Die Gefahr, dass mangels ausreichender Marktliquidität Liquidationen erschwert werden, schätzen wir als gering ein.

Eine Liquiditätsmanagementfunktion wurde mit dem Ziel der Liquiditätssteuerung eingerichtet, um in Phasen eines sich abzeichnenden Liquiditätsengpasses einschließlich eines Stressfalls die Zahlungsfähigkeit zu sichern und eine Unterschreitung der bankaufsichtlichen LCR-Mindestquote zu verhindern. Zudem wurde für den Fall eines Liquiditätsengpasses ein Notfallplan festgelegt. Im Rahmen der Eigenanlagen- und Liquiditätsstrategie streuten wir die Positionen der Liquiditätsreserve über Laufzeiten und Emittenten, um ein hohes Maß an Liquidierbarkeit zu erreichen, damit wir jederzeit kurzfristig auf unerwartete Zahlungsstromschwankungen reagieren können.

III.5 Operationelle Risiken

Wesentliche identifizierte operationelle Risiken werden in einer Schadensfalldatenbank erfasst, analysiert und überwacht.

Die operationellen Risiken werden in ihrer Höhe im Rahmen einer Expertenschätzung auf Basis eines Self-Assessments abgeleitet und einem definierten Limit gegenübergestellt. Zudem werden auch Worst-Case-Annahmen im Rahmen von regelmäßigen Stresstests berücksichtigt.

Den operationellen Risiken begegnen wir mit unterschiedlichen Maßnahmen. Dazu zählen insbesondere Arbeitsanweisungen, die Einhaltung einer ausreichenden Funktionstrennung, die laufende Optimierung der Arbeitsabläufe, Mitarbeiterschulungen, der Einsatz von Sicherheits-, Compliance-, Datenschutz- und Geldwäschebeauftragten, laufende Investitionen in neue DV-Systeme über die von uns beauftragte Rechenzentrale, Backup-Einrichtungen, Prüfung der Verfahren und Systeme durch die Interne Revision, Versicherungen (z.B. Diebstahl- und Betrugsrisiken). Zusätzlich hat unser Haus eine Notfallplanung erstellt.

Dem Rechtsrisiko begegnen wir durch die Verwendung der im Verbund entwickelten Formulare bzw. von rechtlich geprüften Vertragsvordrucken. Bei Rechtsstreitigkeiten nehmen wir juristische Rechtsberatung in Anspruch. Möglichen operationellen Risiken, insbesondere durch wesentliche Personalausfälle aufgrund von Quarantäne, begegnen wir durch die Bereitstellung mobiler Arbeitsplätze.

Im Geschäftsjahr sind keine operationellen Risiken mit deutlicher Ertragsauswirkung eingetreten.

III.6 Weitere Risiken

Immobilienrisiken

Die Bank investiert im Rahmen ihres Eigenanlagengeschäftes in begrenztem Umfang direkt oder über Fonds bzw. Beteiligungen und Anteile an verbundenen Unternehmen in Immobilien. Die Risiken aus Immobilien stellen eine wesentliche Risikoart dar. Die Quantifizierung der Risiken erfolgt durch einen VaR mit 99 % Konfidenzniveau und 250 Tagen Haltedauer mittels einer Monte-Carlo-Simulation auf Basis objektspezifischer Marktmethoden. Im Rahmen des hypothetischen Stresstests wird ein erhöhter Abschlag auf den Marktwert unterstellt. Für den historischen Stresstest leiten wir nach Nutzungsart und regionaler Lage der Immobilien differenzierte Abschlagsfaktoren aus historischen Marktwertschwankungen ab.

III.7 Gesamtbild der Risikolage

Zusammenfassend ist die Risikolage insgesamt als geordnet einzustufen, da die Risikotragfähigkeit im Geschäftsjahr 2021 unter den von uns definierten Standardszenarien und risikoartenspezifischen Stressszenarien gegeben war.

Die aufsichtsrechtlichen Eigenmittelanforderungen haben wir im Jahr 2021 jederzeit eingehalten. Wir verweisen hierzu ergänzend auf unsere Ausführungen bei der Vermögenslage.

Aufgrund unserer Analyse gehen wir davon aus, dass wir auch die im Januar 2022 von der BaFin angekündigten erhöhten Kapitalpufferanforderungen einhalten werden.

Nach dem Planungsstand vor Auftreten des Russland-Ukraine-Konflikts ist die Risikotragfähigkeit im Berichtszeitraum 2022 angesichts der laufenden Ertragskraft und der Vermögens-/Substanzsituation der Bank voraussichtlich gegeben. Die dargestellten Risiken werden die künftige Entwicklung unserer Bank nicht wesentlich beeinträchtigen können.

Nach dem Bilanzstichtag mit dem Angriff durch Russland am 24. Februar 2022 hat die Ukraine den Kriegszustand ausgerufen. Die aktuelle Situation ist geprägt von geopolitischen Spannungen, die global in die Volkswirtschaften ausstrahlen. So haben z.B. die Europäische Union sowie die USA zwischenzeitlich umfangreiche Sanktionspakete verabschiedet und verhängt. Es ist nicht auszuschließen, dass auf Ebene der Wirtschaftspolitik weitere Maßnahmen beschlossen werden, die einen wesentlichen Einfluss auf die Geschäftstätigkeit und somit auch auf die Wirtschaftlichkeit des Handelns der Marktteilnehmer in den betroffenen Wirtschaftsräumen haben können. Ein Ende, dieser durch Ungewissheit geprägten Situation, ist nicht absehbar. Die Auswirkungen sind derzeit noch nicht abschätzbar. Aktuell beobachten und analysieren wir Risikofaktoren bzw. -treiber auf eine etwaige Beeinflussung durch den Russland-Ukraine-Konflikt. Die finanziellen Auswirkungen des Russland-Ukraine-Konflikts sowie die Auswirkungen auf die Risikobeurteilung sind derzeit noch nicht abschätzbar. Aufgrund der Vernetzung weltweit tätiger Branchen und Unternehmen analysieren wir insbesondere die Auswirkungen der Spread- und Fondskursrisiken auf die Eigengeschäfte. Die weitere Entwicklung ist aktuell noch ungewiss und muss intensiv beobachtet werden.

Bestandsgefährdende Risiken sind nicht erkennbar.

Die Bank wird ihre Risikotragfähigkeitssteuerung im Jahr 2022 auf die ökonomische und normative Sichtweisen umstellen.

IV. Voraussichtliche Entwicklung mit ihren wesentlichen Chancen und Risiken (Prognosebericht)

Die Prognosen, die sich auf die voraussichtliche Entwicklung der PSD Bank Nürnberg eG für das nächste Geschäftsjahr 2022 beziehen, stellen Einschätzungen dar, die wir auf Basis der zum Zeitpunkt der Erstellung des Lageberichts zur Verfügung stehenden Informationen und Planungsrechnungen getroffen haben. Wir weisen darauf hin, dass die unseren Ausführungen in den Abschnitten „Voraussichtlicher Geschäftsverlauf“ und „Voraussichtliche Lage“ zugrundeliegenden Prognosen auf unseren Einschätzungen vor Eintritt des Russland-Ukraine-Konflikts beruhen und dass sich die Prognosen durch die Veränderungen der zugrunde liegenden Annahmen als unzutreffend erweisen können.

Entwicklung der Gesamtwirtschaft und der Kreditgenossenschaften

Die Prognosen zur Konjunkturerwicklung gehen nach den im Januar 2022 getroffenen Einschätzungen der Konjunkturoxperten von einem Wachstum des Bruttoinlandsproduktes von 3,6 % im Jahr 2022 aus. Dabei wird die Wirtschaftsleistung im ersten Quartal voraussichtlich noch durch die Corona-Pandemie und die entsprechenden Beschränkungen v. a. in den Dienstleistungsbereichen beeinträchtigt. Im weiteren Verlauf dürfte die konjunkturelle Erholung nach der annahmegemäßen Abflachung des Infektionsgeschehens und der damit

verbundenen Rücknahme der Einschränkungen wieder spürbar an Fahrt gewinnen. Erfreulicherweise hat die Erholung am Arbeitsmarkt im vergangenen Jahr trotz der konjunkturellen Schwäche der Industrie durch die Lieferengpässe und erneuter Einschränkungen in den Dienstleistungsbereichen angehalten. Diese Entwicklung dürfte sich auch im laufenden Jahr fortsetzen, wenngleich die Dynamik der Erholung mit Annäherung an das Vorkrisenniveau im Jahresverlauf abnehmen dürfte. Die damit steigende Erwerbstätigkeit und höhere Löhne ermöglichen ein kräftiges Wachstum des privaten Konsums. Die wirtschaftliche Entwicklung wird weiterhin maßgeblich vom Pandemieverlauf beeinflusst. Darüber hinaus könnten aufgrund länger anhaltender Einschränkungen und Lieferengpässe, insbesondere auch im Zusammenhang mit dem globalen Infektionsgeschehen bzw. den Eindämmungsmaßnahmen in anderen Ländern, auch stärkere negative Effekte auf die Wertschöpfung im Produzierenden Gewerbe ausgehen. Sollte der Inflationsdruck zunehmen, könnten sich die Notenbanken zu einer restriktiveren Politik veranlasst sehen als unterstellt. (Quelle: Jahreswirtschaftsbericht 2022; Bundesministerium für Wirtschaft und Energie).

Das geschäftliche Umfeld und die Entwicklung der Kreditgenossenschaften werden nach unseren Einschätzungen auch im kommenden Geschäftsjahr von den Folgen der Covid 19-Pandemie, der anhaltenden Niedrigzinsphase, dem verstärkten Wettbewerb, den sich weiter entwickelnden Kundenansprüchen im Zusammenhang mit der Digitalisierung und den wachsenden aufsichtsrechtlichen Anforderungen sowie von der Entwicklung von Immobilienpreisen und zunehmend auch von Auswirkungen des Klimawandels geprägt. Die Auswirkungen des Russland-Ukraine-Konflikts auf die Finanzmärkte und die wirtschaftliche Lage von Unternehmen kann dazu führen, dass sich die Annahmen, die unserer Prognoseberechnung zu Grunde liegen, nicht als zutreffend erweisen, da die Prognosen auf unseren Einschätzungen vor Eintritt des Russland-Ukraine-Konflikts beruhen. Im Zusammenhang mit der inzwischen entstandenen Ausnahmesituation sind die Prognosen mit erheblichen Unwägbarkeiten behaftet.

Voraussichtlicher Geschäftsverlauf und voraussichtliche Lage

Im Kundengeschäft erwarten wir weiterhin ein deutliches Wachstum. Im Kundenkreditgeschäft erwarten wir ein Wachstum leicht über dem Vorjahreswert. Im Kundeneinlagengeschäft gehen wir u.a. aufgrund der steigenden Anzahl der Girokonten von einem deutlichen Wachstum auf dem Niveau des Vorjahres aus.

Wir erwarten, dass sich der Zinsüberschuss (inkl. laufender Erträge) trotz des steigenden Geschäftsvolumens infolge der Niedrigzinsphase im Bereich des Vorjahreswertes bewegt.

Im Immobiliengeschäft sind weitere Übertragungen von bankeigenen Immobilien und Anteilen an verbundenen Unternehmen in die PSD WB Invest GmbH & Co. geschlossene InvKG, vorgesehen. Hierdurch wird das Bewertungsergebnis deutlich positiv beeinflusst. Die erwartete Hebung stiller Reserven aus der Immobilienübertragung und damit das sonstige betriebliche Ergebnis werden jedoch deutlich unter dem Niveau des Geschäftsjahres 2021 liegen.

Das Provisionsergebnis soll weiter gestärkt werden, wird jedoch aufgrund des höher geplanten Baufinanzierungsgeschäftes, welches auch durch Fremdvermittler erzielt wird, auf dem Vorjahresniveau erwartet.

Die Personalkosten entwickeln sich nach unseren Planungen konstant im Verhältnis zur durchschnittlichen Bilanzsumme.

Die Sachkosten incl. Abschreibungen gehen im Verhältnis zur durchschnittlichen Bilanzsumme plangemäß leicht zurück. Unsere Planung basiert auf konstanten Marktzinsen und konstanten Immobilienpreisen.

Erwartete Auswirkungen auf unsere bedeutsamsten Leistungsindikatoren

Vor dem Hintergrund der geschilderten Entwicklungen und Annahmen erwarten wir für das Geschäftsjahr 2022 die nachfolgend dargestellten Auswirkungen auf unsere bedeutsamen finanziellen Leistungsindikatoren (vgl. Definition Abschnitt II.2):

- Wir erwarten, dass der Jahresüberschuss vor Steuern in Relation zur durchschnittlichen Bilanzsumme aufgrund geringerer Sonderfaktoren (Hebung stiller Reserven durch Immobilienübertragungen auf die InvestmentKG) deutlich unter dem Niveau des Vorjahres liegt.
- Die Cost Income Ratio wird sich aus dem gleichen Grund deutlich verschlechtern.
- Nach unseren Planungsrechnungen erwarten wir eine weitere Stärkung unseres Kernkapitals durch die voraussichtliche künftige Dotierung der Rücklagen und des Sonderpostens für allgemeine Bankrisiken nach § 340g HGB. Die aufsichtsrechtlich festgelegte harte Kernkapitalquote wird deutlich steigen. Wir gehen davon aus, dass der aufsichtsrechtlich geforderte Mindestwert eingehalten wird.

Gesamtaussage

Insgesamt erwarten wir unter Berücksichtigung der gesamtwirtschaftlichen Entwicklung, dass sich Geschäfts-

verlauf und Lage der PSD Bank Nürnberg eG, trotz des aufgrund von verringerten Sonderfaktoren verminderten JÜ vor Steuern/dBS, günstig entwickeln werden, da wir plangemäß eine Erhöhung der Kernkapitalquote aus Gewinnthesaurierungen vorsehen.

Wir erwarten eine angemessene Vermögens-, Ertrags- und Liquiditätslage aufgrund der jederzeitigen Einhaltung der Anforderungen an das Eigenkapital und die Liquidität.

Die BaFin hat nach dem Bilanzstichtag mit Allgemeinverfügung vom 31. Januar 2022 die Quote des inländischen antizyklischen Kapitalpuffers von 0,0 % auf 0,75 % erhöht. Darüber hinaus hat die BaFin im Januar 2022 eine Anhörung zur Anordnung eines Kapitalpuffers für systemische Risiken in Höhe von 2,0 % auf im Inland gelegene Risikopositionen, die durch Grundpfandrechte auf Wohnimmobilien besichert sind, eingeleitet. Bei Verabschiedung des Maßnahmenpakets sind beide Kapitalpuffer ab dem 1. Februar 2023 verpflichtend einzuhalten.

Wir haben die erwarteten Auswirkungen auf unsere bedeutsamen finanziellen Leistungsindikatoren analysiert und kommen zum Ergebnis, dass wir die neuen Kapitalpufferanforderungen einhalten werden.

Der Russland-Ukraine-Konflikt hat Auswirkungen auf die Finanzmärkte und die wirtschaftliche Lage von Unternehmen. Dies kann dazu führen, dass sich die Annahmen, die unserer Prognoseberechnung zu Grunde liegen, nicht als zutreffend erweisen, da die Prognosen auf unseren Einschätzungen vor Eintritt des Russland-Ukraine-Konflikts beruhen. Im Zusammenhang mit der inzwischen entstandenen Ausnahmesituation sind die Prognosen mit erheblichen Unwägbarkeiten behaftet. Dabei sind die konkreten Auswirkungen derzeit noch nicht abschätzbar. Der Russland-Ukraine-Konflikt kann bedingt durch notwendige Risikoabschirmungen, wie Abschreibungen auf Wertpapiere im Geschäftsjahr 2022, zu negativen Auswirkungen auf unsere Ertragslage führen. In welchem Umfang sich die Auswirkungen explizit auf die Vermögens-, Finanz- und Ertragslage unserer Bank niederschlagen werden, ist zum jetzigen Zeitpunkt nur schwer abzuschätzen. Es ist zu erwarten, dass die negativen Folgen für die Bank umso stärker sind, je länger der Russland-Ukraine-Konflikt anhält.

Risiken

Wesentliche Risiken für die geschäftliche Entwicklung bestehen im kommenden Jahr bei einer unerwarteten Entwicklung der Zinsstrukturkurve, die zu einer Beeinträchtigung des geplanten Zinsergebnisses führen könnte.

Ein weiteres wesentliches Risiko besteht bei sinkenden Immobilienpreisen.

Weitere wesentliche Risiken sehen wir in weiteren möglichen Auswirkungen der Corona Krise sowie in den möglichen negativen Auswirkungen des Russland-Ukraine-Konflikts (vgl. Abschnitt „Gesamtaussage“).

Die konkreten Auswirkungen auf die künftige Vermögens-, Finanz- und Ertragslage unserer Bank sind zum jetzigen Zeitpunkt schwer abzuschätzen. Wir analysieren laufend mögliche Auswirkungen auf die Bank und werden unsere Prognosen korrigieren, soweit dies erforderlich ist.

Chancen

Wesentliche Chancen für die Ertragslage und den voraussichtlichen Geschäftsverlauf bestehen im nächsten Geschäftsjahr bei einer überplanmäßigen, positiven Kreditnachfrage.

V. Zweigniederlassungen

Es bestehen keine Zweigniederlassungen.

Nürnberg, 10.05.2022

PSD Bank Nürnberg eG

Der Vorstand

gez. Johann Büchler

gez. Helmut Hollweck

Bericht des Aufsichtsrats

Der Aufsichtsrat hat im Berichtsjahr die ihm nach Gesetz, Satzung und Geschäftsordnung obliegenden Aufgaben erfüllt. Er nahm seine Überwachungsfunktion wahr und traf die in seinen Zuständigkeitsbereich fallenden Beschlüsse, dies beinhaltet auch die Befassung mit der Prüfung nach § 53 GenG.

Darüber hinaus hat der Aufsichtsrat die Unabhängigkeit des Abschlussprüfers überwacht. Insbesondere beinhaltete die Überprüfung, dass keine verbotenen Nichtprüfungsleistungen von Personen, die das Ergebnis der Prüfung beeinflussen können, erbracht wurden. Bei zulässigen Nichtprüfungsleistungen lagen die erforderlichen Genehmigungen vor.

Der Vorstand informierte den Aufsichtsrat und die Ausschüsse des Aufsichtsrats in regelmäßig stattfindenden Sitzungen über die Geschäftsentwicklung, die Vermögens-, Finanz- und Ertragslage sowie über besondere Ereignisse.

Darüber hinaus stand der Aufsichtsratsvorsitzende in einem engen Informations- und Gedankenaustausch mit dem Vorstand.

Der Aufsichtsrat hat aus seiner Mitte unverändert fünf Ausschüsse eingerichtet.

Der Prüfungsausschuss hat sich umfassend mit der Rechnungslegung der Bank in seinen vier Sitzungen beschäftigt und stand in engem Kontakt mit der Innenrevision der Bank. Er hat auch den Jahresabschluss 2021 einer sorgfältigen Prüfung unterzogen.

Der Kreditausschuss hat bei dem hohen Kreditvolumen vierzehnmal getagt (Telefon- und Videokonferenzen) und hat über die ihm vorzulegenden Beschlüsse beraten, geprüft und entschieden. Er analysierte die Kreditrisikoberichte, die Ausfallquoten und die Blankovolumina, die er für in Ordnung befunden hat.

Der Wirtschaftsausschuss, der dreimal per Video tagte, beschäftigte sich mit der Anlagepolitik der Bank, mit konkreten Anlagen, aber insbesondere mit der Risikostrategie, die er beratend begleitet hat. Ein Überwachungsschwerpunkt waren die Fonds und natürlich die Investitionen in Immobilienvermögen, die wiederum ausgeweitet wurden und in die neu gegründete PSD WB Invest GmbH & Co. Geschlossene InvKG überführt wurde.

Der Personal- wie auch der Satzungsausschuss haben Beschlüsse des Aufsichtsrats auf- und vorbereitet.

Nach deren Empfehlungen wurden die erforderlichen Beschlüsse im Aufsichtsrat getroffen.

Aus den Sitzungen der Ausschüsse ist dem Gesamtaufsichtsrat berichtet worden.

Der vorliegende Jahresabschluss 2021 mit Lagebericht wurde vom Verband der PSD Banken e.V. geprüft. Über das Prüfungsergebnis wird in der Generalversammlung berichtet.

Den Jahresabschluss, den Lagebericht und den Vorschlag für die Verwendung des Jahresüberschusses hat der Aufsichtsrat geprüft und in Ordnung befunden. Der Vorschlag für die Verwendung des Jahresüberschusses entspricht den Vorschriften der Satzung.

Der Aufsichtsrat empfiehlt der Generalversammlung, den vom Vorstand vorgelegten Jahresabschluss zum 31.12.2021 festzustellen und die vorgeschlagene Verwendung des Jahresüberschusses des Jahresfehlbetrages zu beschließen.

Durch Ablauf der Wahlzeit scheidet in diesem Jahr Frau Isolde Bräunling, Herr Dipl.-Kfm. Karl-Michael Grimm und Frau Sandra Huber aus dem Aufsichtsrat aus. Die Wiederwahl der ausscheidenden Mitglieder des Aufsichtsrates ist zulässig.

Der Aufsichtsrat spricht dem Vorstand und den Mitarbeitern Dank für die geleistete Arbeit aus.

Nürnberg, 17.05.2022

gez. Josef Süß
(Vorsitzender des Aufsichtsrats)

	EUR	EUR	EUR	Geschäftsjahr EUR	Vorjahr TEUR
1. Barreserve					
a) Kassenbestand				4 027 312,48	5 239
b) Guthaben bei Zentralnotenbanken				213 674 878,40	206 728
darunter: bei der Deutschen Bundesbank	213 674 878,40				(206 728)
c) Guthaben bei Postgiroämtern				-	-
				217 702 190,88	
2. Schuldtitel öffentlicher Stellen und Wechsel, die zur Refinanzierung bei Zentralnotenbanken zugelassen sind					
a) Schatzwechsel und unverzinsliche Schatzanweisungen sowie ähnliche Schuldtitel öffentlicher Stellen				-	-
darunter: bei der Deutschen Bundesbank refinanzierbar	-				(-)
b) Wechsel				-	-
3. Forderungen an Kreditinstitute					
a) täglich fällig				67 925 541,71	10 920
b) andere Forderungen				14 332 220,74	14 303
				82 257 762,45	
4. Forderungen an Kunden				3 536 982 808,89	3 457 568
darunter:					
durch Grundpfandrechte gesichert	2 728 935 338,81				(2 651 409)
Kommunalkredite	-				(-)
5. Schuldverschreibungen und andere festverzinsliche Wertpapiere					
a) Geldmarktpapiere					
aa) von öffentlichen Emittenten				-	-
darunter: beleihbar bei der Deutschen Bundesbank	-				(-)
ab) von anderen Emittenten				-	-
darunter: beleihbar bei der Deutschen Bundesbank	-				(-)
b) Anleihen und Schuldverschreibungen					
ba) von öffentlichen Emittenten		62 555 785,94			70 664
darunter: beleihbar bei der Deutschen Bundesbank	57 535 340,73				(65 644)
bb) von anderen Emittenten		159 977 646,29	222 533 432,23		173 684
darunter: beleihbar bei der Deutschen Bundesbank	150 542 039,24				(160 297)
c) eigene Schuldverschreibungen				-	-
Nennbetrag	-			222 533 432,23	(-)
6. Aktien und andere nicht festverzinsliche Wertpapiere				500 730 689,40	455 831
6a. Handelsbestand				-	-
7. Beteiligungen und Geschäftsguthaben bei Genossenschaften					
a) Beteiligungen				12 436 378,52	11 073
darunter: an Kreditinstituten	-				(-)
an Finanzdienstleistungsinstituten	-				(-)
b) Geschäftsguthaben bei Genossenschaften				8 050,00	8
darunter: bei Kreditgenossenschaften	-				(-)
bei Finanzdienstleistungsinstituten	-				(-)
8. Anteile an verbundenen Unternehmen				4 016 557,13	3 928
darunter: an Kreditinstituten	-				(-)
an Finanzdienstleistungsinstituten	-				(-)
9. Treuhandvermögen				1 475,61	3
darunter: Treuhandkredite	1 475,61				(3)
10. Ausgleichsforderungen gegen die öffentliche Hand einschließlich Schuldverschreibungen aus deren Umtausch				-	-
11. Immaterielle Anlagewerte					
a) Selbst geschaffene gewerbliche Schutzrechte und ähnliche Rechte und Werte				-	-
b) Entgeltlich erworbene Konzessionen, gewerbliche Schutzrechte und ähnliche Rechte und Werte sowie Lizenzen an solchen Rechten und Werten				281 332,00	259
c) Geschäfts- oder Firmenwert				-	-
d) Geleistete Anzahlungen				35 700,00	93
				317 032,00	
12. Sachanlagen				64 367 434,67	97 679
13. Sonstige Vermögensgegenstände				1 339 453,41	4 191
14. Rechnungsabgrenzungsposten				1 416 692,35	1 320
Summe der Aktiva				4 644 109 957,54	4 513 491

Passivseite

	EUR	EUR	EUR	Geschäftsjahr EUR	Vorjahr TEUR
1. Verbindlichkeiten gegenüber Kreditinstituten					
a) täglich fällig			87,40		20 000
b) mit vereinbarter Laufzeit oder Kündigungsfrist			<u>670 285 171,20</u>	670 285 258,60	<u>656 592</u>
2. Verbindlichkeiten gegenüber Kunden					
a) Spareinlagen					
aa) mit vereinbarter Kündigungsfrist von drei Monaten		<u>820 752 975,44</u>			<u>813 875</u>
ab) mit vereinbarter Kündigungsfrist von mehr als drei Monaten		<u>4 726 172,68</u>	<u>825 479 148,12</u>		<u>5 339</u>
b) andere Verbindlichkeiten					
ba) täglich fällig			<u>2 119 679 765,00</u>		<u>1 972 316</u>
bb) mit vereinbarter Laufzeit oder Kündigungsfrist		<u>604 591 607,26</u>	<u>2 724 271 372,26</u>	3 549 750 520,38	<u>649 007</u>
3. Verbriefte Verbindlichkeiten					
a) begebene Schuldverschreibungen			-		-
b) andere verbrieftete Verbindlichkeiten			-	-	-
darunter: Geldmarktpapiere	-				(-)
eigene Akzepte und Solawechsel im Umlauf	-				(-)
4. Treuhandverbindlichkeiten				1 475,61	3
darunter: Treuhandkredite	<u>1 475,61</u>				(- 3)
5. Sonstige Verbindlichkeiten				1 880 423,60	2 693
6. Rechnungsabgrenzungsposten				84 998,37	93
7. Rückstellungen					
a) Rückstellungen für Pensionen und ähnliche Verpflichtungen			<u>11 797 092,00</u>		<u>10 950</u>
b) Steuerrückstellungen			<u>1 353 200,00</u>		<u>517</u>
c) andere Rückstellungen			<u>5 116 149,02</u>	18 266 441,02	<u>5 710</u>
8.				-	-
9. Nachrangige Verbindlichkeiten				<u>78 287 232,99</u>	<u>78 030</u>
10. Genussrechtskapital				-	-
darunter: vor Ablauf von zwei Jahren fällig	-				(-)
11. Fonds für allgemeine Bankrisiken				161 600 000,00	140 850
darunter: Sonderposten n. § 340e Abs. 4 HGB	-				(-)
12. Eigenkapital					
a) Gezeichnetes Kapital			<u>28 292 445,42</u>		<u>27 237</u>
b) Kapitalrücklage			-		-
c) Ergebnisrücklagen					
ca) gesetzliche Rücklage		<u>15 810 000,00</u>			<u>15 160</u>
cb) andere Ergebnisrücklagen		<u>113 827 920,00</u>			<u>108 807</u>
cc)		-	<u>129 637 920,00</u>		-
d) Bilanzgewinn			<u>6 023 241,55</u>	163 953 606,97	<u>6 312</u>
Summe der Passiva				<u>4 644 109 957,54</u>	<u>4 513 491</u>
1. Eventualverbindlichkeiten					
a) Eventualverbindlichkeiten aus weitergegebenen abgerechneten Wechseln			-		-
b) Verbindlichkeiten aus Bürgschaften und Gewährleistungsverträgen			<u>137 732,37</u>		<u>144</u>
c) Haftung aus der Bestellung von Sicherheiten für fremde Verbindlichkeiten			-	137 732,37	-
2. Andere Verpflichtungen					
a) Rücknahmeverpflichtungen aus unechten Pensionsgeschäften			-		-
b) Platzierungs- und Übernahmeverpflichtungen			-		-
c) Unwiderrufliche Kreditzusagen			<u>224 457 407,95</u>	224 457 407,95	<u>254 335</u>
darunter: Lieferverpflichtungen aus zinsbezogenen Termingeschäften	-				(-)

2. Gewinn- und Verlustrechnung

für die Zeit vom 01.01. bis 31.12.2021

	EUR	EUR	EUR	Geschäftsjahr EUR	Vorjahr TEUR
1. Zinserträge aus					
a) Kredit- und Geldmarktgeschäften		<u>58 982 560,83</u>			<u>62 223</u>
b) festverzinslichen Wertpapieren und Schuldbuchforderungen		<u>1 856 565,65</u>	<u>60 839 126,48</u>		<u>2 452</u>
darunter: in a) und b) angefallene negative Zinsen	<u>107 693,74</u>				<u>(22)</u>
2. Zinsaufwendungen			<u>-12 381 687,55</u>	<u>48 457 438,93</u>	<u>-15 013</u>
darunter: aus Aufzinsung von Rückstellungen	<u>-2 128,00</u>				<u>(-6)</u>
darunter: erhaltene negative Zinsen	<u>1 041 953,31</u>				<u>(608)</u>
3. Laufende Erträge aus					
a) Aktien und anderen nicht festverzinslichen Wertpapieren			<u>7 974 773,37</u>		<u>2 262</u>
b) Beteiligungen und Geschäftsguthaben bei Genossenschaften			<u>498 473,32</u>		<u>181</u>
c) Anteilen an verbundenen Unternehmen			<u>994 389,44</u>	<u>9 467 636,13</u>	<u>867</u>
4. Erträge aus Gewinngemeinschaften, Gewinnabführungs- oder Teilgewinnabführungsverträgen				-	-
5. Provisionserträge			<u>4 521 212,40</u>		<u>3 930</u>
6. Provisionsaufwendungen			<u>-4 976 080,53</u>	<u>-454 868,13</u>	<u>-5 548</u>
7. Nettoertrag des Handelsbestands				-	-
8. Sonstige betriebliche Erträge				<u>21 162 548,87</u>	<u>18 928</u>
darunter: aus der Währungsumrechnung		<u>543 398,58</u>			<u>(-)</u>
darunter: aus der Abzinsung von Rückstellungen		<u>20 628,09</u>			<u>(26)</u>
9.				-	-
10. Allgemeine Verwaltungsaufwendungen					
a) Personalaufwand					
aa) Löhne und Gehälter		<u>-13 711 875,04</u>			<u>-13 310</u>
ab) Soziale Abgaben und Aufwendungen für Altersversorgung und für Unterstützung		<u>-2 986 848,67</u>	<u>-16 698 723,71</u>		<u>-2 818</u>
darunter: für Altersversorgung	<u>-392 428,70</u>				<u>(-311)</u>
b) andere Verwaltungsaufwendungen			<u>-22 080 547,94</u>	<u>-38 779 271,65</u>	<u>-19 518</u>
11. Abschreibungen und Wertberichtigungen auf immaterielle Anlagewerte und Sachanlagen				<u>-3 879 442,11</u>	<u>-4 933</u>
12. Sonstige betriebliche Aufwendungen				<u>-2 602 176,69</u>	<u>-5 555</u>
darunter: aus der Währungsumrechnung					<u>(-115)</u>
darunter: aus der Aufzinsung von Rückstellungen		<u>-818 662,08</u>			<u>(-787)</u>
13. Abschreibungen und Wertberichtigungen auf Forderungen und bestimmte Wertpapiere sowie Zuführungen zu Rückstellungen im Kreditgeschäft			<u>-243 865,54</u>		-
14. Erträge aus Zuschreibungen zu Forderungen und bestimmten Wertpapieren sowie aus der Auflösung von Rückstellungen im Kreditgeschäft				<u>-243 865,54</u>	<u>136</u>
15. Abschreibungen u. Wertberichtigungen auf Beteiligungen, Anteile an verbundenen Unternehmen und wie Anlagevermögen behandelte Wertpapiere				-	-
16. Erträge aus Zuschreibungen zu Beteiligungen, Anteilen an verbundenen Unternehmen und wie Anlagevermögen behandelten Wertpapieren				-	<u>6 726</u>
17. Aufwendungen aus Verlustübernahme				-	-
18.				-	-
19. Ergebnis der normalen Geschäftstätigkeit				<u>33 127 999,81</u>	<u>31 010</u>
20. Außerordentliche Erträge				-	-
21. Außerordentliche Aufwendungen				-	-
22. Außerordentliches Ergebnis				-	<u>(-)</u>
23. Steuern vom Einkommen und vom Ertrag			<u>-6 298 721,75</u>		<u>-5 693</u>
24. Sonstige Steuern, soweit nicht unter Posten 12 ausgewiesen			<u>-56 036,51</u>	<u>-6 354 758,26</u>	<u>-55</u>
24a. Zuführung zum Fonds für allgemeine Bankrisiken				<u>-20 750 000,00</u>	<u>-19 500</u>
25. Jahresüberschuss				<u>6 023 241,55</u>	<u>5 762</u>
26. Gewinnvortrag aus dem Vorjahr				-	<u>550</u>
				<u>6 023 241,55</u>	<u>6 312</u>
27. Entnahmen aus Ergebnismrücklagen					
a) aus der gesetzlichen Rücklage				-	-
b) aus anderen Ergebnismrücklagen				-	-
				<u>6 023 241,55</u>	<u>6 312</u>
28. Einstellungen in Ergebnismrücklagen					
a) in die gesetzliche Rücklage				-	-
b) in andere Ergebnismrücklagen				-	-
				<u>6 023 241,55</u>	<u>6 312</u>
28a.				-	-
29. Bilanzgewinn				<u>6 023 241,55</u>	<u>6 312</u>

3. ANHANG

A. Allgemeine Angaben

- Die PSD Bank Nürnberg eG, Nürnberg, ist beim Amtsgericht Nürnberg unter der GenR-Nummer 281 eingetragen. Der Jahresabschluss wurde nach den für Kreditinstitute geltenden Vorschriften des Handelsgesetzbuches (HGB) und der Verordnung über die Rechnungslegung der Kreditinstitute und Finanzdienstleistungsinstitute (RechKredV) aufgestellt. Die Gliederung der Bilanz und der Gewinn- und Verlustrechnung richtet sich nach den vorgeschriebenen Formblättern. Gleichzeitig erfüllt der Jahresabschluss die Anforderungen des Genossenschaftsgesetzes (GenG) und der Satzung der Bank.
- In der Gliederung der Bilanz und Gewinn- und Verlustrechnung ergaben sich keine Veränderungen.

B. Erläuterungen zu den Bilanzierungs- und Bewertungsmethoden

- Die Bewertung der Vermögensgegenstände und Schulden entspricht den allgemeinen Bewertungsvorschriften der §§ 252 ff. HGB unter Berücksichtigung der für Kreditinstitute geltenden Sonderregelungen (§§ 340 ff. HGB).
- Bei der Aufstellung der Bilanz und der Gewinn- und Verlustrechnung wurden im Einzelnen folgende Bilanzierungs-, Bewertungs- und Umrechnungsmethoden angewandt:

Barreserve

Die auf EUR lautende Barreserve wurde mit dem Nennwert angesetzt.

Forderungen an Kreditinstitute und Kunden

Die einzelnen Vermögensgegenstände wurden vorsichtig bewertet.

Die Forderungen an Kreditinstitute wurden mit dem Nennwert zuzüglich anteiliger Zinsen angesetzt.

Anteilige Zinsen, deren Fälligkeit nach dem Bilanzstichtag liegt, die aber am Bilanzstichtag bereits den Charakter von bankgeschäftlichen Forderungen oder Verbindlichkeiten haben, sind dem zugehörigem Aktiv- oder Passivposten der Bilanz zugeordnet.

Die Forderungen an Kunden wurden mit dem Nennwert zuzüglich anteiliger Zinsen angesetzt.

Die in den Forderungen an Kunden erkennbaren Bonitätsrisiken haben wir durch die Bildung von Einzelwertberichtigungen und versteuerten Pauschalwertberichtigungen in ausreichender Höhe abgedeckt.

Die Ermittlung der Pauschalwertberichtigung erfolgte auf Basis eines Berechnungsverfahrens, das den auf der Grundlage unserer internen Risikosteuerung ermittelten erwarteten Verlust schätzt.

Wertpapiere

Die wie Umlaufvermögen behandelten Wertpapiere (Liquiditätsreserve) wurden nach dem strengen Niederstwertprinzip mit ihren Anschaffungskosten bzw. mit dem niedrigeren Börsen- oder Marktpreis oder dem niedrigeren beizulegenden Zeitwert bewertet.

Die wie Anlagevermögen behandelten festverzinslichen Wertpapiere und andere nicht festverzinsliche Wertpapiere wurden nach dem gemilderten Niederstwertprinzip bewertet.

Zur Sicherung gegen die besonderen Risiken des Geschäftszweigs haben wir ferner Vorsorgereserven gemäß § 340f HGB im Bestand.

Der Ansatz der Wertpapiere erfolgt grundsätzlich zu Anschaffungskosten. Als Wertmaßstab im Rahmen der Folgebewertung wird auf den Börsenpreis oder einen ggf. bestehenden Marktpreis zurückgegriffen. Besteht kein aktiver (liquider) Markt oder kann ein Börsen- oder Marktpreis aus anderen Gründen nicht festgestellt werden, wird der beizulegende Zeitwert mittels Barwertberechnung (Discounted Cashflow-Verfahren) ermittelt.

Strukturierte Finanzinstrumente

Strukturierte Finanzinstrumente werden als einheitlicher Vermögensgegenstand bilanziert.

Strukturierte Finanzinstrumente, die aufgrund eines eingebetteten derivativen Finanzinstruments wesentlich erhöhte oder zusätzliche (andersartige) Risiken oder Chancen im Vergleich zum Basisinstrument aufweisen, haben wir nicht im Bestand. Eine getrennte Bilanzierung ist daher nicht erforderlich.

Beteiligungen und Geschäftsguthaben bei Genossenschaften sowie Anteile an verbundenen Unternehmen

Die Beteiligungen und die Geschäftsguthaben bei Genossenschaften sowie die Anteile an verbundenen Unternehmen wurden nach dem gemilderten Niederstwertprinzip zu fortgeführten Anschaffungskosten, ggf. vermindert um außerplanmäßige Abschreibungen bilanziert.

Treuhandvermögen

Die Bewertung des Treuhandvermögens erfolgte zu Anschaffungskosten bzw. zum Nennwert.

Immaterielle Anlagewerte und Sachanlagen

Die Bewertung der entgeltlich erworbenen immateriellen Anlagewerte und Sachanlagen erfolgte zu Anschaffungskosten bzw. Herstellungskosten und, soweit abnutzbar, vermindert um planmäßige Abschreibungen.

Den planmäßigen Abschreibungen liegen die der geschätzten wirtschaftlichen Nutzungsdauer entsprechenden Abschreibungssätze zugrunde, die sich grundsätzlich an den von der Finanzverwaltung veröffentlichten Abschreibungstabellen orientieren.

Außerplanmäßige Abschreibungen wurden bei voraussichtlich dauernder Wertminderung vorgenommen.

Software wurde unter der Bilanzposition "Immaterielle Anlagewerte" ausgewiesen. Immaterielle Anlagewerte und Sachanlagen wurden im Anschaffungsjahr bei linearer Abschreibung pro rata temporis abgeschrieben.

Geringwertige Wirtschaftsgüter bis 800 EUR werden als sofort abziehbare Betriebsausgaben behandelt.

Sonstige Vermögensgegenstände

Sonstige Vermögensgegenstände werden zum Nennwert oder zu Anschaffungskosten unter Beachtung des strengen Niederstwertprinzips bewertet.

Latente Steuern

Zwischen den handelsrechtlichen Wertansätzen von Vermögensgegenständen, Schulden und Rechnungsabgrenzungsposten und ihren steuerlichen Wertansätzen bestehen zeitliche oder quasi-permanente Differenzen, die sich in späteren Geschäftsjahren voraussichtlich abbauen.

Bei einer Gesamtdifferenzbetrachtung errechnet sich ein aktiver Überhang von latenten Steuern, der in Ausübung des Wahlrechts nach § 274 Abs. 1 Satz 2 HGB nicht angesetzt wurde.

Der Aktivüberhang resultiert im Wesentlichen aus den Wertpapieranlagen, aus den Sachanlagen, aus den Kundenforderungen sowie den Pensions- und anderen langfristigen Rückstellungen. Passive Steuerlatenzen bestehen insbesondere in den Positionen Aktien und andere nicht festverzinsliche Wertpapiere, Beteiligungen und Verbundene Unternehmen.

Verbindlichkeiten

Die Passivierung der Verbindlichkeiten erfolgte zum jeweiligen Erfüllungsbetrag.

Treuhandverbindlichkeiten

Die Bewertung der Treuhandverbindlichkeiten erfolgte zum Erfüllungsbetrag, der mit dem Nennwert der Verpflichtung übereinstimmt.

Rückstellungen

Rückstellungen wurden in Höhe des Erfüllungsbetrages gebildet, der nach vernünftiger kaufmännischer Beurteilung notwendig ist. Sie berücksichtigen alle erkennbaren Risiken und ungewissen Verpflichtungen bzw. drohende Verluste aus schwebenden Geschäften. Rückstellungen mit einer Restlaufzeit von mehr als einem Jahr wurden gemäß § 253 Abs. 2 HGB mit dem Rechnungszins der Rückstellungsabzinsungsverordnung (RückAbzinsV) abgezinst.

Der Belastung aus Einlagen mit steigender Verzinsung und für Zuschläge sowie sonstige, über den Basiszins hinausgehende Vorteile für Einlagen, wurde durch Rückstellungsbildung in angemessenem Umfang Rechnung getragen.

Den Pensionsrückstellungen liegen versicherungsmathematische Berechnungen auf Basis der "Richttafeln 2018 G" (Prof. Dr. Klaus Heubeck) zugrunde. Die Verpflichtungen aus Anwartschaften auf Pensionen werden mittels Anwartschaftsbarwertverfahren angesetzt. Laufende Rentenverpflichtungen und Altersversorgungsverpflichtungen gegenüber ausgeschiedenen Mitarbeitern sind mit dem Barwert bilanziert.

Als Rententrend für die Pensionsrückstellungen werden 3 % und für die Rentenzusagen eine Anpassungsdynamik von 2 % angenommen.

Die Abzinsung der Pensionsrückstellungen erfolgte unter Annahme einer Restlaufzeit von 15 Jahren (Vereinfachungsregel) mit 1,87 % (durchschnittlicher Marktzinssatz der vergangenen zehn Jahre auf Basis des von der Deutschen Bundesbank per Dezember 2021 ermittelten Zinssatzes).

Im Vergleich zu einer Abzinsung mit einem entsprechenden durchschnittlichen Marktzinssatz der vergangenen sieben Jahre ergibt sich ein Unterschiedsbetrag von 738.730 EUR.

Erfolgswirkungen aus einer Änderung des Diskontierungssatzes im Zusammenhang mit den Pensionsrückstellungen werden analog zum Ab-/Aufzinsungseffekt im sonstigen betrieblichen Ergebnis ausgewiesen.

Die Pensionsanwartschaften der Vorstände und Teile der Versorgungsverpflichtungen gegenüber früheren Vorständen wurden auf externe Versorgungsträger übertragen (R+V Pensionsfonds AG bzw. Versorgungskasse genossenschaftlicher Unternehmen (VGU e.V.)). Die Leistungsempfänger sind in vollem Umfang durch Deckungskapital abgedeckt. Bei der Bank verbleibt darüber hinaus die Subsidiärhaftung.

Bei Altersversorgungsverpflichtungen und vergleichbaren langfristigen Verpflichtungen, die die Voraussetzungen des § 246 Abs. 2 Satz 2 HGB erfüllen, haben wir die Verpflichtungen mit den ihnen zuzurechnenden Vermögensgegenständen verrechnet. Die historischen Anschaffungskosten der zu verrechnenden Vermögensgegenstände betragen 702.234 EUR. Der beizulegende Zeitwert der zu verrechnenden Vermögensgegenstände betrug 702.234 EUR. Der beizulegende Zeitwert der zu verrechnenden Vermögensgegenstände (Rückdeckungsversicherungen) wurde nach versicherungsmathematischen Grundsätzen ermittelt. Der Erfüllungsbetrag der verrechneten Schulden betrug 702.234 EUR. Erträge aus der Abzinsung der Verpflichtungen wurden mit den aus dem Deckungsvermögen resultierenden Erträgen (Wertsteigerungen, Zinsen, Dividenden) in Höhe von 6.002 EUR verrechnet.

Im Übrigen wurden für ungewisse Verbindlichkeiten Rückstellungen in angemessener Höhe gebildet.

● **Verlustfreie Bewertung der zinsbezogenen Geschäfte des Bankbuchs**

Die zinsbezogenen Finanzinstrumente des Bankbuchs einschließlich der zur Steuerung des allgemeinen Zinsänderungsrisikos (Aktiv/Passiv-Steuerung) abgeschlossenen Zinsderivate werden im Rahmen einer Gesamtbetrachtung aller Geschäfte nach Maßgabe von IDW RS BFA 3 (n. F.) verlustfrei bewertet. Hierzu werden die zinsinduzierten Barwerte den Buchwerten gegenübergestellt und von dem positiven Überschuss die Risiko- und Bestandsverwaltungskosten abgezogen. Für einen danach eventuell verbleibenden Verlustüberhang wird eine Drohverlustrückstellung gebildet, die unter den anderen Rückstellungen ausgewiesen wird. Nach dem Ergebnis der Berechnungen zum 31.12.2021 war keine Rückstellung zu bilden.

Zinsswaps mit langen Laufzeiten, deren Laufzeit die im Zinsbuch der Bank kontrahierten Geschäfte deutlich überschreiten, wurden in einen zum Zinsbuch volumens- und laufzeitkongruenten Teil (Kassa-Swap) und einen volumens- und laufzeitinkongruenten Teil (Termin-Swap) aufgeteilt.

Nach dem Ergebnis der Berechnungen zum 31. Dezember 2021 war eine vorhandene Rückstellung anzupassen.

Vermerke unter dem Bilanzstrich

Im Rahmen der üblichen Geschäftstätigkeit übernehmen wir regelmäßig in geringem Umfang Bürgschaften.

Dabei ist es für uns erforderlich, Zahlungen an den Begünstigten zu leisten, wenn ein anderer seinen Verpflichtungen nicht nachkommt oder Leistungen nicht vertragsgemäß erfüllt. Der Umfang der übernommenen Verpflichtungen ist aus den Angaben unter dem Bilanzstrich ersichtlich.

Die dargestellten Beträge zeigen nicht die künftig aus diesen Verträgen zu erwartenden Zahlungsströme, da die Mehrzahl der Eventualverbindlichkeiten nach unserer Einschätzung ohne Inanspruchnahme auslaufen.

Von den unwiderruflichen Kreditzusagen zum 31. Dezember 2021 in Höhe von 224.457.407 EUR treffen 224.457.407 EUR Zusagen von Buchkrediten an Nichtbanken.

Wir gewähren unwiderrufliche Kreditzusagen, um den Finanzierungsbedürfnissen unserer Kunden zu entsprechen. Unwiderrufliche Kreditzusagen umfassen die nicht in Anspruch genommenen Anteile der gewährten Zusagen, welche nicht durch uns widerrufen werden können.

Die Kreditzusagen werden mit dem Nominalbetrag gezeigt.

Die widerruflichen und unwiderruflichen Kreditzusagen werden bei der Überwachung der Kreditrisiken berücksichtigt.

Derivative Finanzinstrumente

Die zur Absicherung des allgemeinen Zinsänderungsrisikos abgeschlossenen derivativen Geschäfte wurden in die Gesamtbetrachtung des Zinsbuchs einbezogen und waren somit nicht gesondert zu bewerten.

Soweit die derivativen Geschäfte im Einzelfall nicht der Aktiv-Passiv-Steuerung dienen, werden sie nach den Grundsätzen des Imparitäts- und Realisationsprinzips einzeln bewertet. Bei der Bewertung langlaufender Zinsswaps erfolgt eine wirtschaftliche Aufteilung in einen laufzeitkongruenten Teil, der in die verlustfreie Bewertung des gesamten Zinsbuchs einbezogen wird, und in einen laufzeitinkongruenten Teil, der einzeln imparitatisch bewertet wird.

Zinserträge/Zinsaufwendungen

Negative Zinsen aus Aktivgeschäften werden im Zinsertrag erfasst (Reduktion des Zinsertrags). Negative Zinsen aus Passivgeschäften werden im Zinsaufwand erfasst (Reduktion des Zinsaufwands).

Im Falle von Zinsswaps werden die Zahlungsströme je Swapvertrag verrechnet und der verbleibende Saldo vorzeichen-gerecht als Zinsertrag bzw. -aufwand ausgewiesen.

Ein gesonderter Ausweis dieser negativen Zinsen wird nicht vorgenommen.

Währungsumrechnung

Posten, denen Beträge zugrunde liegen, die auf fremde Währung lauten und ursprünglich auf fremde Währung lauteten, waren zum 31.12.2021 nicht mehr im Bestand.

Die sich aus der unterjährigen Währungsumrechnung ergebenden Erträge wurden in der Gewinn- und Verlustrechnung berücksichtigt.

Abweichungen von den Bilanzierungs- und Bewertungsmethoden

keine

C. Entwicklung des Anlagevermögens

(volle EUR)

	Anschaffungs-/ Herstellungskosten 01.01.	Zugänge	Umbuchungen (+/-)	a) Abgänge b) Zuschüsse	Anschaffungs-/ Herstellungskosten am Bilanzstichtag	Buchwerte am Bilanzstichtag	Buchwerte Vorjahr
	EUR	EUR	EUR	EUR	EUR	EUR	EUR
Immaterielle Anlagevermögen	1 638 624	111 402	-	a) 1 402 b) -	1 748 624	317 032	352 258
Sachanlagen							
a) Grundstücke und Gebäude	108 584 695	6 933 267	-	a) 48 674 610 b) -	66 843 352	62 428 114	95 045 456
b) Betriebs- und Geschäfts- ausstattung	8 236 353	331 689	-	a) 812 922 b) -	7 755 120	1 939 321	2 633 153
a	118 459 672	7 376 358	-	a) 49 488 934 b) -	76 347 096	64 684 467	98 030 867

	Abschreibungen (kumuliert) 01.01.	Änderung der kumulierten Abschreibungen aufgrund Zugängen (ohne Abschreibungen Geschäftsjahr) (+)	Änderung der kumulierten Abschreibungen aufgrund Abgängen (-)	Änderung der kumulierten Abschreibungen aufgrund Umbuchungen (+/-)	Abschreibungen Geschäftsjahr	Zuschreibungen Geschäftsjahr	Abschreibungen (kumuliert) am Bilanzstich- tag
	EUR	EUR	EUR	EUR	EUR	EUR	EUR
Immaterielle Anlagevermögen	1 286 366	-	1 402	-	146 628	-	1 431 592
Sachanlagen							
a) Grundstücke und Gebäude	13 539 239	-	12 222 947	-	3 098 946	-	4 415 238
b) Betriebs- und Geschäfts- ausstattung	5 603 200	-	421 268	-	633 867	-	5 815 799
a	20 428 805	-	12 645 617	-	3 879 441	-	11 662 629

	Anschaffungs- kosten 01.01.	Veränderungen (saldiert)	Buchwerte am Bilanzstichtag
	EUR	EUR	EUR
Schuldschein- darlehen/ Namenspapiere	10 000 000	5 000 000	15 000 000
Wertpapiere des Anlagever- mögens	281 013 931	44 829 776	325 843 707
Beteiligungen und Geschäftsgut- haben bei Genos- senschaften	11 080 929	1 363 500	12 444 429
Anteile an verbundenen Unternehmen	3 928 335	88 222	4 016 557
b	306 023 195	51 281 498	357 304 693
Summe a und b	424 482 867		421 989 160

D. Erläuterungen zur Bilanz und Gewinn- und Verlustrechnung

I. Bilanz

- In den Forderungen an Kreditinstitute sind 67 138 211 EUR Forderungen an die zuständige genossenschaftliche Zentralbank enthalten.
- Die in der Bilanz ausgewiesenen Forderungen haben folgende Restlaufzeiten:

	bis drei Monate EUR	mehr als drei Monate bis ein Jahr EUR	mehr als ein Jahr bis fünf Jahre EUR	mehr als fünf Jahre EUR
Andere Forderungen an Kreditinstitute (A 3b) (ohne Bausparguthaben)	9 018	-	10 000 000	-
Forderungen an Kunden (A 4)	54 758 541	138 025 995	715 424 414	2 625 854 216

In den Forderungen an Kunden sind 2 919 643 EUR Forderungen mit unbestimmter Laufzeit enthalten.

Die Zinsabgrenzung wurde aus Vereinfachungsgründen dem ersten Restlaufzeitenband zugeordnet. Kreditkartenforderungen, die im Vorjahr in den Forderungen mit unbestimmter Laufzeit enthalten waren, wurden erstmals der Restlaufzeit bis 3 Monate zugeordnet.

- Von den in der Bilanz ausgewiesenen Schuldverschreibungen und anderen festverzinslichen Wertpapieren werden im auf den Bilanzstichtag folgenden Geschäftsjahr 24 907 005 EUR fällig.
- In den Forderungen und Schuldverschreibungen und anderen festverzinslichen Wertpapieren sind folgende Beträge enthalten, die auch Forderungen an verbundene Unternehmen oder Beteiligungsunternehmen sind:

	Forderungen an verbundene Unternehmen	
	Geschäftsjahr EUR	Vorjahr EUR
Forderungen an Kunden (A 4)	<u>32 840 682</u>	<u>33 846 997</u>

- Wir halten Anteile an Sondervermögen (§ 1 Abs. 10 KAGB) und Anlageaktien an Investmentaktiengesellschaften mit veränderlichem Kapital (§§ 108 bis 123 KAGB) sowie vergleichbaren EU-Investmentvermögen oder vergleichbaren ausländischem Investmentvermögen von mehr als 10 % (Bilanzposten A6).

Anlageziele	Buchwert EUR	Zeitwert EUR	Differenzen (Zeitwert/ Buchwert) EUR	Erhaltene Ausschüttungen EUR	Tägliche Rückgabe Ja / Nein
-------------	-----------------	-----------------	---	------------------------------------	-----------------------------------

Ertrags- und Liquiditätssteuerung	<u>181.626.733</u>	<u>194.557.678</u>	<u>12.930.945</u>	<u>2.504.335</u>	<u>Ja</u>
-----------------------------------	--------------------	--------------------	-------------------	------------------	-----------

Es handelt sich um Spezialfonds, bei denen eine tägliche Rückgabe von Fondsanteilen möglich ist. Eine vollständige Auflösung der Fonds kann vertraglich nur zum Geschäftsjahresende erfolgen.

- Die Genossenschaft besitzt folgende Beteiligungen an anderen Unternehmen, mit denen ein Konzernverhältnis besteht:

Name und Sitz	Anteil am Gesellschaftskapital %	Eigenkapital der Gesellschaft		Ergebnis des letzten vorliegenden Jahresabschlusses	
		Jahr	EUR	Jahr	EUR
a) WB Werte & Boden GmbH, Nürnberg	100,00	2021	18 786	2021	-518
b) WB 3 Werte & Boden GmbH, Nürnberg	100,00	2021	18 722	2021	-706
c) WB Projekt 1 GmbH & Co.KG, Nürnberg	94,90	2021	238 483	2021	213 585
d) WB 3 Werte & Boden Atrium GmbH & Co.KG, Nürnberg	100,00	2021	674 682	2021	396 022
e) WB 4 Werte & Boden GmbH & Co.KG, Nürnberg	5,10	2021	11 329 562	2021	173 961
f) WB Operations GmbH, Nürnberg	100,00	2021	20 502	2021	-4 498
g) Patrizia GrundInvest Dresden GmbH & Co. geschlossene InvKG, Augsburg	99,99	2021	33 200 009	2021	-64 471
h) PSD WB Invest GmbH & Co. geschlossene InvKG, Hamburg	100,00	2021	253 547 918	2021	2 476 992
i) WB 2 Werte & Boden GmbH, Nürnberg	100,00	2021	28 749	2021	11 569
j) WB 4 Werte & Boden GmbH & Co.KG, Nürnberg	94,90	2021	11 329 562	2021	173 961
k) WB 5 Stuttgart GmbH & Co.KG, Nürnberg	94,90	2021	309 665	2021	284 665
l) Patrizia GrundInvest Objekt Dresden GmbH & Co. KG, Augsburg	94,90	2021	23 338 525	2021	-1 059 456
m) PSD Werte & Boden GmbH & Co.KG, Hamburg	100,00	2021	148 718 711	2021	1 808 066

Die unter Buchstabe a bis f genannten Unternehmen sind in der Bilanzposition verbundene Unternehmen bilanziert. Bei den unter Buchstabe a bis h genannten Beteiligungen handelt es sich um direkte Beteiligungen. Die Patrizia GrundInvest Dresden GmbH & Co. geschlossene InvKG, Augsburg sowie die PSD WB Invest GmbH & Co. geschlossene InvKG, Hamburg sind geschlossene AIF und damit Investmentvermögen. Diese werden nach § 17 i.V.m. § 7 Rech-KredV unter Aktien und andere nicht festverzinsliche Wertpapier bilanziert. Bei den unter i bis m genannten Beteiligungen handelt es sich um indirekte Beteiligungen.

- Auf den Konzernabschluss wird verwiesen.

Daneben besitzt die Genossenschaft folgende Beteiligungen an anderen Unternehmen, die nicht von untergeordneter Bedeutung sind:

Name und Sitz	Anteil am Gesellschaftskapital %	Eigenkapital der Gesellschaft		Ergebnis des letzten vorliegenden Jahresabschlusses	
		Jahr	EUR	Jahr	EUR
DZ Beteiligungs-GmbH & Co.KG Baden-Württemberg, Stuttgart	0,19	2021	3 209 880 365	2021	77 247 926

- In folgenden Posten sind enthalten:

	börsenfähig	börsennotiert	nicht börsennotiert	nicht mit dem Niederstwert bewertete börsenfähige Wertpapiere
	EUR	EUR	EUR	EUR
Schuldverschreibungen und andere festverzinsliche Wertpapiere (A 5)	222 533 433	215 157 928	7 375 505	1 000 000

Auf im Anlagevermögen ausgewiesenen Wertpapiere wurden außerplanmäßige Abschreibungen nach § 253 Abs. 3 Satz 4 HGB nicht vorgenommen. Die Buchwerte dieser Wertpapiere betragen 29.910 TEUR. Die Teilwerte beliefen sich auf 29.829 TEUR. Die Wertminderungen werden von uns als voraussichtlich nicht dauerhaft beurteilt, da es sich zum einen um rein zinsinduzierte Schwankungen handelt, die keine regelmäßig dauernde Wertminderung darstellen. Zum anderen handelt es sich um einen Fonds, der zu 94,9 % an einer Objektgesellschaft beteiligt ist. Die in dieser Gesellschaft befindliche Immobilie wurde neu bewertet. Bei der nächsten Folgebewertung der Objektgesellschaft wird sich dieser Sachverhalt werterhöhend auswirken.

Im Bilanzposten 'Treuhandvermögen' (A9) sind ausschließlich Kredite ausgewiesen, die im eigenen Namen und für fremde Rechnung gehalten werden.

● In den Sachanlagen sind enthalten:	EUR
- Im Rahmen der eigenen Tätigkeit genutzte Grundstücke und Bauten	-
- Betriebs- und Geschäftsausstattung	<u>1 873 386</u>

● Im Posten Sonstige Vermögensgegenstände sind folgende wesentliche Einzelbeträge enthalten:	EUR
Sonstige Forderungen	<u>1 265 831</u>

● In folgenden Posten und Unterposten der Aktivseite sind Vermögensgegenstände, für die eine Nachrangklausel besteht, enthalten:

Posten - Unterposten	Geschäftsjahr EUR	Vorjahr EUR
A 5 Schuldverschreibungen und andere festverzinsliche Wertpapiere	<u>1 800 000</u>	<u>1 800 000</u>

● In den Verbindlichkeiten gegenüber Kreditinstituten sind 223 899 301 EUR Verbindlichkeiten gegenüber der zuständigen genossenschaftlichen Zentralbank enthalten.

● Die in der Bilanz ausgewiesenen Verbindlichkeiten weisen folgende Restlaufzeiten auf:

	bis drei Monate EUR	mehr als drei Monate bis ein Jahr EUR	mehr als ein Jahr bis fünf Jahre EUR	mehr als fünf Jahre EUR
Verbindlichkeiten gegenüber Kreditinstituten mit vereinbarter Laufzeit oder Kündigungsfrist (P 1b)	4 001 203	50 580 292	264 829 485	350 874 191
Spareinlagen mit vereinbarter Kündigungsfrist von mehr als drei Monaten (P 2ab)	868 165	1 155 649	2 702 007	352
Andere Verbindlichkeiten gegenüber Kunden mit vereinbarter Laufzeit oder Kündigungsfrist (P 2bb)	92 316 397	141 281 967	28 393 243	342 600 000

Die Zinsabgrenzung wurde aus Vereinfachungsgründen dem ersten Restlaufzeitenband zugeordnet.

Im Bilanzposten 'Treuhandverbindlichkeiten' (P4) sind ausschließlich Kredite ausgewiesen, die wir im eigenen Namen für fremde Rechnung halten.

● Im Posten Sonstige Verbindlichkeiten sind folgende wesentliche Einzelbeträge enthalten:

Steuern	<u>287 263</u>
Offene Rechnungen	<u>861 962</u>

● Im passiven Rechnungsabgrenzungsposten sind Disagiobeträge, die bei der Ausreichung von Forderungen in Abzug gebracht wurden, im Gesamtbetrag von - EUR (Vorjahr: 3 820 EUR) enthalten.

● Angaben zum Posten Nachrangige Verbindlichkeiten:

Im Geschäftsjahr fielen Aufwendungen in Höhe von 1 579 406 EUR an.

Die nachrangigen Verbindlichkeiten weisen zum 31.12.2021 einen Nominalwert in Höhe von 77.999.110 EUR auf. Es bestehen folgende Emissionen von mehr als zehn Prozent des Gesamtbetrages der nachrangigen Verbindlichkeiten:

- Nachrangiges Schuldscheindarlehen 11 Mio. EUR, Zinssatz 2,087 %. Fälligkeit 12.07.2032

Eine vorzeitige Rückzahlungsverpflichtung ist ausgeschlossen. Die Nachrangigkeit der Verbindlichkeit ist wie folgt geregelt:

Die aufgeführten Verbindlichkeiten sind im Falle der Insolvenz oder der Liquidation der Bank erst nach Befriedigung aller nicht nachrangigen Gläubiger zurückzuzahlen. Das Kapital ist nicht durch die gesetzliche Einlagensicherung geschützt.

Die Laufzeit der nachrangigen Verbindlichkeiten beträgt 6, 10 und 13 Jahre. Die nachrangigen Verbindlichkeiten erfüllen die Anforderungen an das Ergänzungskapital (Art. 62 ff CRR).

- In den nachstehenden Verbindlichkeiten sind folgende Beträge enthalten, die auch Verbindlichkeiten gegenüber verbundenen Unternehmen oder Beteiligungsunternehmen sind:

	Verbindlichkeiten gegenüber verbundenen Unternehmen	
	Geschäftsjahr EUR	Vorjahr EUR
Verbindlichkeiten gegenüber Kunden (P 2)	8 132 109	4 256 345

- Die unter dem Passivposten Gezeichnetes Kapital ausgewiesenen Geschäftsguthaben gliedern sich wie folgt:

		EUR
Geschäftsguthaben		
a) der verbleibenden Mitglieder		27 683 198
b) der ausscheidenden Mitglieder		604 948
c) aus gekündigten Geschäftsanteilen		4 300
Rückständige fällige Pflichteinzahlungen auf Geschäftsanteile	EUR 6 998	

- Die Ergebnismrücklagen haben sich im Geschäftsjahr wie folgt entwickelt:

	Gesetzliche Rücklage EUR	Andere Rücklagen EUR
Stand 1. Januar 2021	15 160 000	108 806 509
Einstellungen		
- aus Bilanzgewinn des Vorjahres	650 000	5 021 411
Stand 31. Dezember 2021	15 810 000	113 827 920

Der Vorstand schlägt vor, den Jahresüberschuss wie folgt zu verwenden:

	EUR
Ausschüttung einer Dividende auf Geschäftsguthaben von 2,500 %	688.900,80
Zuweisung zu den gesetzlichen Rücklagen	650.000,00
Zuweisung zu den anderen Ergebnismrücklagen	4.684.340,75
Insgesamt	6.023.241,55

- Ausschüttungsgesperrte Beträge bestanden zum 31. Dezember 2021
Der aus der Bewertung von Altersversorgungsverpflichtungen nach § 253 Abs. 6 HGB ausschüttungsgesperrte Unterschiedsbetrag liegt bei 738.730 EUR.

- **Termingeschäfte und derivative Finanzinstrumente Nichthandelsbestand**

Zum Bilanzstichtag bestanden noch nicht abgewickelte Derivategeschäfte des Nichthandelsbestands bei der genossenschaftlichen Zentralbank in Höhe von nominal 285 Mio. EUR.

- **Volumen der nicht zum beizulegenden Zeitwert bilanzierten Derivategeschäfte des Nichthandelsbestands**

In der nachfolgenden Tabelle sind die am Bilanzstichtag noch nicht abgewickelten Derivategeschäfte (exclusive Stückzinsen), die nicht zum beizulegenden Zeitwert bilanziert wurden (Nichthandelsbuchbestand) zusammengefasst (§ 36 RechKredV bzw. § 285 Nr. 19 HGB). Neben der Gliederung nach Produktgruppen wird die Fälligkeitsstruktur auf Basis der Nominalbeträge dargestellt. Die beizulegenden Zeitwerte werden ohne rechnerisch angefallene Zinsen angegeben ('clean prices').

Angaben in Mio.EUR	Nominalbetrag Restlaufzeit				Beizulegen- der Zeitwert positiv	Beizulegen- der Zeitwert negativ
	<= 1 Jahr	> 1 - 5 Jahre	> 5 Jahre	Summe		
Zinsbezogene Geschäfte						
OTC-Produkte						
Zins-Swaps (gleiche Währung)	-	175,0	110,0	285,0	5,4	5,6

Die in vorstehender Tabelle enthaltenen zinsbezogenen Geschäfte werden fast ausschließlich zur Steuerung des Zinsbuches im Rahmen der Aktiv- /Passivsteuerung eingesetzt.

Gezahlte Upfront-Payments aus Zinsswaps stehen mit 93.809 EUR zu Buche (Aktiva 14). Erhaltene Upfront-Payments aus Zinsswaps stehen mit 84.998 EUR zu Buche (Passiva 6). Für einen imparitatisch bewerteten Forward Swap besteht eine Drohverlustrückstellung von 91.455 EUR (Passiva 7).

Die Zinsswaps wurden anhand der aktuellen Zinsstrukturkurve zum Bilanzstichtag nach der Barwertmethode bewertet. Der beizulegende Wert aller Geschäfte ermittelt sich aus positiven Marktwerten in Höhe von 5.356.747 EUR (Nennwert 95 Mio.EUR) und negativen Marktwerten in Höhe von - 5.598.396 EUR (Nennwert 190 Mio.EUR). Das Adressenausfallrisiko besteht lediglich gegenüber der Zentralbank und beläuft sich gemäß Solvabilitätsverordnung in der Anrechnung somit auf 0 %.

- Von den Verbindlichkeiten und Eventualverbindlichkeiten sind durch Übertragung von Vermögensgegenständen gesichert:

Passivposten	Zur Sicherheit übertragene Vermögensgegenstände	Gesamtbetrag in EUR
1b. Verbindlichkeiten gegenüber Kreditinstituten	Verpfändung von bankeigenen Wertpapieren	<u>49 656 102</u>
1b. Verbindlichkeiten gegenüber Kreditinstituten	Abtretung von Forderungen bzw. Sicherheiten	<u>142 504 347</u>
<hr/> Posten unter dem Strich bzw. außerhalb der Bilanz		
Derivate	Übertragung von bankeigenen Wertpapieren	<u>2 496 375</u>

II. Gewinn- und Verlustrechnung

In den Zinserträgen sind 107.662 EUR (Vorjahr: 22.196 EUR) negative Zinsen aus Einlagen bei der genossenschaftlichen Zentralbank enthalten (Reduktion des Zinsertrags).

Die positiven Zinsen aus Refinanzierungen bei der Deutschen Bundesbank, Einlagen von anderen Kreditinstituten und Kundeneinlagen institutioneller und privater Kunden belaufen sich auf 1.041.953 EUR (Vorjahr: 607.651 EUR) und sind im Zinsaufwand ausgewiesen (Reduktion des Zinsaufwands).

- Wichtige Einzelbeträge, die für die Beurteilung des Jahresabschlusses bzw. der Ertragslage nicht unwesentlich sind, sind enthalten in den Posten:

Sonstige betriebliche Erträge	<u>EUR</u>
Gewinn verkaufte Inventar (u.a. Einbringung von Immobilien in Tochtergesellschaft)	<u>15 577 891</u>
Mieteinnahmen	<u>3 572 725</u>
Ertrag aus Umrechnung Fremwährung	<u>543 399</u>
Sonstige betriebliche Aufwendungen	<u>EUR</u>
Zinsaufwand aus Aufzinsung	<u>818 662</u>
Aufwand Immobilien	<u>1 489 539</u>

E. Sonstige Angaben

- **Pfandbriefe**

Die PSD Bank Nürnberg eG ist seit 04.09.2015 Pfandbriefbank.

Nachfolgend sind die Posten der Bilanz gemäß den Vorschriften für die Formblätter von Pfandbriefbanken aufgeführt.

Da die PSD Bank Nürnberg eG das Pfandbriefgeschäft nicht schwerpunktmäßig betreibt, wurden die Untergliederungen aus Gründen der Klarheit und Übersichtlichkeit in den Anhang übernommen. Aus den gleichen Gründen stellen wir nur die nach der RechKredV vorgesehenen Posten der Bilanz dar, deren Inhalte das Pfandbriefgeschäft betreffen.

Untergliederung von Posten der Bilanz auf Grund des Pfandbriefgeschäftes

Aktiva 3 - Forderungen an Kreditinstitute

	Geschäftsjahr		Vorjahr	
	EUR	EUR	EUR	EUR
a) Hypothekendarlehen	-		-	
b) Kommunalkredite	-		-	
c) andere Forderungen	82 257 762	82 257 762	25 222 925	25 222 925
darunter:				
täglich fällig	67 925 542		10 919 503	
gegen Beleihung von Wertpapieren	-		-	

Aktiva 4 - Forderungen an Kunden

	Geschäftsjahr		Vorjahr	
	EUR	EUR	EUR	EUR
a) Hypothekendarlehen	2 728 935 339		2 651 408 533	
b) Kommunalkredite	-		-	
c) andere Forderungen	808 047 470	3 536 982 809	806 159 097	3 457 567 630
darunter:				
gegen Beleihung von Wertpapieren	-		-	

Aktiva 14 - Rechnungsabgrenzungsposten

	Geschäftsjahr		Vorjahr	
	EUR	EUR	EUR	EUR
a) aus dem Emissions - und Darlehengeschäft	-		-	
b) andere	1 416 692	1 416 692	1 319 801	1 319 801

Passiva 1 - Verbindlichkeiten gegenüber Kreditinstituten

	Geschäftsjahr		Vorjahr	
	EUR	EUR	EUR	EUR
a) begebene Hypotheken-Namenspfandbriefe	260 792 732		230 781 107	
b) begebene öffentliche Namenspfandbriefe	-		-	
c) andere Verbindlichkeiten	409 492 526	670 285 258	445 810 905	676 592 012
darunter:				
täglich fällig	87		20 000 000	

Passiva 2 - Verbindlichkeiten gegenüber Kunden

	Geschäftsjahr		Vorjahr	
	EUR	EUR	EUR	EUR
a) begebene Hypotheken-Namenspfandbriefe		352 852 910		329 824 122
b) begebene öffentliche Namenspfandbriefe		-		-
c) Spareinlagen				
ca) mit vereinbarter Kündigungsfrist von drei Monaten	820 752 975		813 874 939	
cb) mit vereinbarter Kündigungsfrist mehr als drei Monate	4 726 173	825 479 148	5 338 814	819 213 753
d) andere Verbindlichkeiten		2 371 418 462		2 291 499 260
darunter:				
täglich fällig	2 119 679 765		1 972 316 289	
Summe		3 549 750 520		3 440 537 135

Passiva 3 - Verbriefte Verbindlichkeiten

	Geschäftsjahr		Vorjahr	
	EUR	EUR	EUR	EUR
a) begebene Schuldverschreibungen				
aa) Hypothekenspfandbriefe	-		-	
ab) Öffentliche Pfandbriefe	-		-	
ac) Sonstige Schuldverschreibungen	-	-	-	-
b) andere verbrieftete Verbindlichkeiten		-		-
darunter				
Geldmarktpapiere	-		-	
Summe		-		-

Passiva 6 - Rechnungsabgrenzungsposten

	Geschäftsjahr		Vorjahr	
	EUR	EUR	EUR	EUR
a) aus dem Emissions- und Darlehensgeschäft	-		3 820	
b) andere	84 998	84 998	89 554	93 374

• **Angaben nach § 28 PfandBG zum Hypothekendarbriefumlauf**

Angaben zu Gesamtbetrag und Laufzeitstruktur (Angaben in Mio. EUR)

§ 28 Abs. 1 Nr. 1 und 3 PfandBG Verhältnis Umlauf zur Deckungsmasse	Nennwert		Barwert		Risikobarwert inkl. Währungsstress ¹⁾	
	31.12.2021	31.12.2020	31.12.2021	31.12.2020	31.12.2021	31.12.2020
Gesamtbetrag des Darbriefumlaufs inkl. Derivate	610,60	557,60	660,78	649,23	508,04	890,64
Gesamtbetrag der Deckungsmassen inkl. Derivate	1 016,64	839,24	1 110,09	952,35	934,33	1 155,01
% Fremdwährungsderivate v. Passiva	-	-	-	-	-	-
% Zinsderivate v. Passiva	-	-	-	-	-	-
% Fremdwährungsderivate v. Aktiva	-	-	-	-	-	-
% Zinsderivate v. Aktiva	-	-	-	-	-	-
Überdeckung in %	66,50	50,51	68,00	46,69	83,91	29,68

¹⁾Sowohl die Ermittlung des Risikobarwerts als auch des Währungsstresses erfolgt statisch.

§ 28 Abs. 1 Nr. 2 PfandBG Laufzeitstruktur und Zinsbindungsfrist	Darbriefumlauf		Deckungsmasse	
	31.12.2021	31.12.2020	31.12.2021	31.12.2020
bis zu sechs Monate	-	-	26,13	21,54
mehr als sechs Monate bis zu zwölf Monaten	-	5,00	24,48	20,07
mehr als zwölf Monate bis zu 18 Monaten	-	-	26,21	19,56
mehr als 18 Monate bis zu 2 Jahren	-	-	35,21	20,66
mehr als 2 Jahre bis zu 3 Jahren	15,00	-	75,11	53,90
mehr als 3 Jahre bis zu 4 Jahren	40,00	15,00	114,76	67,76
mehr als 4 Jahre bis zu 5 Jahren	48,00	40,00	79,08	107,91
mehr als 5 Jahre bis zu 10 Jahren	155,00	158,00	326,52	291,38
über 10 Jahre	352,60	339,60	309,15	236,46

§ 28 Abs. 1 Nr. 9 PfandBG Kennzahlen	31.12.2021	31.12.2020
Anteil festverzinslicher Deckungsmasse	100,00 %	100,00 %
Anteil festverzinslicher Darbriefe	100,00 %	100,00 %

§ 28 Abs. 1 Nr. 10 PfandBG (nach § 6 Darbrief-Barwertverordnung)	Zinsstress-Barwert der Deckungsmassen		Zinsstress-Barwert des Darbriefumlaufs	
	31.12.2021	31.12.2020	31.12.2021	31.12.2020
Fremdwährung	-	-	-	-

§ 28 Abs. 1 Nr. 10 PfandBG (nach § 6 Darbrief- Barwertverordnung)	Wechselkurs		Nettobarwert in Fremdwährung		Nettobarwert in EUR	
	31.12.2021	31.12.2020	31.12.2021	31.12.2020	31.12.2021	31.12.2020
Fremdwährung	-	-	-	-	-	-

Zusammensetzung der ordentlichen Deckungswerte (Angaben in Mio. EUR)

Verteilung der Deckungswerte nach Größenklassen	31.12.2021	31.12.2020
bis zu 300 Tsd. €	985,30	813,37
mehr als 300 Tsd. € bis zu 1 Mio. €	7,34	2,87
mehr als 1 Mio. € bis zu 10 Mio.€	-	-
mehr als 10 Mio. €	-	-

Verteilung der Deckungswerte nach Nutzungsart (I) § 28 Abs. 2 Nr. 1 b und 1 c PfandBG	31.12.2021	31.12.2020
wohnwirtschaftlich	992,64	816,24
gewerblich	-	-

Verteilung der Deckungswerte nach Nutzungsart (II) § 28 Abs. 2 Nr. 1 b und 1 c PfandBG	31.12.2021	31.12.2020
Staat		
Bundesrepublik Deutschland		
Eigentumswohnungen	262,08	218,54
Ein- und Zweifamilienhäuser	730,56	597,70
Mehrfamilienhäuser	-	-
Bürogebäude	-	-
Handelsgebäude	-	-
Industriegebäude	-	-
sonstige gewerblich genutzte Gebäude	-	-
unfertige und noch nicht ertragsfähige Neubauten	-	-
Bauplätze	-	-
Summe	992,64	816,24

Weitere Kennzahlen		31.12.2021	31.12.2020
§ 28 Abs. 1 Nr. 7 PfandBG - Gesamtbetrag der Forderungen, die die Grenzen nach § 13 Abs. 1 PfandBG überschreiten	in Mio. EUR	-	-
§ 28 Abs. 1 Nr. 11 PfandBG - volumengewichteter Durchschnitt des Alters der Forderungen (seasoning)	in Jahren	4,48	4,05
§ 28 Abs. 2 Nr. 3 PfandBG - durchschnittlicher gewichteter Beleihungsauslauf	in %	51,43	51,87
ordentliche Deckung (nominal)	in Mio. EUR	992,64	816,24
Anteil am Gesamtumlauf	in %	162,57	146,38

Zusammensetzung der weiteren Deckungswerte (Angaben in Mio. EUR)

§ 28 Abs. 1 Nr. 8 PfandBG Gesamtbetrag der Forderungen, die die Begrenzungen überschreiten	31.12.2021	31.12.2020
§ 19 Abs. 1 Nr. 2 PfandBG	-	-
§ 19 Abs. 1 Nr. 3 PfandBG	-	-

§ 28 Abs. 1 Nr. 4, 5 und 6 PfandBG Gesamtbetrag der eingetragenen Forderungen	Ausgleichsforderungen i.S.d. § 19 Abs. 1 Nr. 1 PfandBG	
Staat	31.12.2021	31.12.2020
Frankreich inkl. Monaco	-	-
Polen	-	-
EU-Institutionen	-	-
Summe	-	-

§ 28 Abs. 1 Nr. 4, 5 und 6 PfandBG Gesamtbetrag der eingetragenen Forderungen	Forderungen i.S.d. § 19 Abs. 1 Nr. 2 PfandBG			
	Gesamt		davon gedeckte Schuldverschreibungen i.S.d. Art. 129 Verordnung (EU) Nr. 575/2013	
Staat	31.12.2021	31.12.2020	31.12.2021	31.12.2020
Frankreich inkl. Monaco	-	-	-	-
Polen	-	-	-	-
EU-Institutionen	-	-	-	-
Summe	-	-	-	-

§ 28 Abs. 1 Nr. 4, 5 und 6 PfandBG Gesamtbetrag der eingetragenen Forderungen	Forderungen i.S.d. § 19 Abs. 1 Nr. 3 PfandBG	
	31.12.2021	31.12.2020
Frankreich inkl. Monaco	11,00	10,00
Polen	5,00	5,00
EU-Institutionen	8,00	8,00
Summe	24,00	23,00

§ 28 Abs.1 Nr. 4, 5 und 6 PfandBG Gesamtbetrag der eingetragenen Forderungen	Summe	
	31.12.2021	31.12.2020
Frankreich inkl. Monaco	11,00	10,00
Polen	5,00	5,00
EU-Institutionen	8,00	8,00
Summe	24,00	23,00

Übersicht über rückständige Leistungen (Angaben in Mio. EUR)

§ 28 Abs. 2 Nr. 2 PfandBG	Gesamtbetrag der mind. 90 Tage rückständigen Leistungen		Gesamtbetrag dieser Forderungen, soweit der jeweilige Rückstand mindestens 5 % der Forderung beträgt	
	31.12.2021	31.12.2020	31.12.2021	31.12.2020
Keine	-	-	-	-
Summe	-	-	-	-

Zwangsversteigerungen und Zwangsverwaltungen auf Deckungshypotheken

§ 28 Abs. 2 Nr. 4 PfandBG	wohnwirtschaftlich		gewerblich	
	31.12.2021	31.12.2020	31.12.2021	31.12.2020
Anzahl der am Abschlussstichtag anhängigen Zwangsversteigerungsverfahren	-	-	-	-
Anzahl der am Abschlussstichtag anhängigen Zwangsverwaltungsverfahren	-	-	-	-
Anzahl der am Abschlussstichtag anhängigen Zwangsverwaltungsverfahren mit gleichzeitigem Zwangsversteigerungsverfahren	-	-	-	-
Anzahl der im Geschäftsjahr durchgeführten Zwangsversteigerungen	-	-	-	-
Anzahl der im Geschäftsjahr zur Verhütung von Verlusten übernommenen Grundstücke	-	-	-	-
Gesamtbetrag der rückständigen Zinsen (Angaben in Mio. EUR)	-	-	-	-

- **Zusatzangaben nach § 35 RechKredV**
- Die im Deckungsregister aufgeführten Realkredite in Höhe von 992,64 Mio. EUR werden in der Bilanz unter den Forderungen an Kunden ausgewiesen. Die zur Deckung dienenden Wertpapiere in Höhe von 24 Mio. EUR (Nominalvolumen) sind in der Bilanzposition Schuldverschreibungen und andere festverzinsliche Wertpapiere enthalten.

- Im Geschäftsjahr beliefen sich die Gesamtbezüge des Aufsichtsrats auf 106 425 EUR.
- Auf die Angabe der Gesamtbezüge des Vorstands und der früheren Mitglieder des Vorstands wurde gemäß § 286 Abs. 4 HGB verzichtet.
- Für frühere Mitglieder des Vorstands und deren Hinterbliebene bestehen zum 31.12.2021 Pensionsrückstellungen in Höhe von 125 839 EUR.
- Am Bilanzstichtag betragen die gewährten Vorschüsse und Kredite sowie die eingegangenen Haftungsverhältnisse für

	EUR
Mitglieder des Vorstands	769 112
Mitglieder des Aufsichtsrats	364 229

Geschäfte mit nahestehenden Personen wurden im Rahmen des üblichen Kredit-, Einlagen- und Girogeschäftes vorgenommen.

- Sonstige finanzielle Verpflichtungen, die nicht in der Bilanz enthalten und nicht als Haftungsverhältnisse anzugeben, jedoch für die Beurteilung der Finanzlage von Bedeutung sind bestehen in Form von Garantieverpflichtungen gegenüber der Sicherungseinrichtung des Bundesverbandes der Deutschen Volksbanken und Raiffeisenbanken e. V. (Garantieverbund) in Höhe von 8 630 TEUR.
- Ferner besteht eine Beitragsgarantie gegenüber dem institutsbezogenen Sicherungssystem der BVR Institutssicherung GmbH. Diese betrifft Jahresbeiträge zum Erreichen der Zielausstattung bzw. Zahlungsverpflichtungen, Sonderbeiträge und Sonderzahlungen falls die verfügbaren Finanzmittel nicht ausreichen, um die Einleger eines dem institutsbezogenen Sicherungssystem angehörigen CRR-Kreditinstituts im Entschädigungsfall zu entschädigen, sowie Auffüllungspflichten nach Deckungsmaßnahmen.

- Die Zahl der im Jahr 2021 durchschnittlich beschäftigten Arbeitnehmer betrug:

	Vollzeitbeschäftigte	Teilzeitbeschäftigte
Kaufmännische Mitarbeiter	174,75	72,00

Außerdem wurden durchschnittlich 12,50 Auszubildende beschäftigt.

- Mitgliederbewegung im Geschäftsjahr

			Anzahl der Mitglieder	Anzahl der Geschäftsanteile	Haftsummen EUR
Anfang	2021		54 911	270 774	-
Zugang	2021		942	15 391	-
Abgang	2021		1 518	6 226	-
Ende	2021		54 335	279 939	-

Die Geschäftsguthaben der verbleibenden Mitglieder haben sich im Geschäftsjahr vermehrt um

EUR 943 734

Höhe des Geschäftsanteils EUR 100

Höhe der Haftsumme EUR

-

- Nach dem Schluss des Geschäftsjahres sind Vorgänge von besonderer Bedeutung wie folgt eingetreten (Nachtragsbericht):

Mit dem Angriff durch Russland am 24. Februar 2022 hat die Ukraine den Kriegszustand ausgerufen. Die aktuelle Situation ist geprägt von geopolitischen Spannungen, die weltweit in die Volkswirtschaften ausstrahlen. So haben z.B. die Europäische Union sowie die USA zwischenzeitlich umfangreiche Sanktionspakete verabschiedet und verhängt. Es ist nicht auszuschließen, dass auf Ebene der Wirtschaftspolitik weitere Maßnahmen beschlossen werden, die einen wesentlichen Einfluss auf die Geschäftstätigkeit und somit auch auf die Wirtschaftlichkeit des Handelns der Marktteilnehmer in den betroffenen Wirtschaftsräumen haben können. Ein Ende, dieser durch Ungewissheit geprägten Situation, ist nicht absehbar.

Durch den Russland-Ukraine-Konflikt können sich nachhaltige Belastungen auch für die wirtschaftliche Entwicklung unserer Bank ergeben.

In welchem Umfang sich die Auswirkungen explizit auf die Vermögens-, Finanz- und Ertragslage unserer Bank niederschlagen werden, ist zum jetzigen Zeitpunkt nur schwer abzuschätzen und kann zum jetzigen Zeitpunkt noch nicht anhand von validen Aussagen beurteilt werden.

Durch die Auswirkungen auf die Finanzmärkte und auch die wirtschaftlichen Auswirkungen auf Unternehmen können sich negative Auswirkungen auf unsere Ertragslage bedingt durch Wertpapierabschreibungen oder Kreditausfälle bzw. Rückstellungsbildungen ergeben.

Die weitere Entwicklung ist aktuell noch ungewiss und muss intensiv beobachtet werden. Mit hoher Wahrscheinlichkeit ist zu erwarten, dass die negativen Folgen für die Bank umso größer sind, je länger der Russland-Ukraine-Konflikt anhält.

- Name und Anschrift des zuständigen Prüfungsverbandes:

Verband der PSD Banken e.V.

Dreizehnmorgenweg 36

53175 Bonn

- Mitglieder des Vorstands

Johann Büchler, Vorsitzender

hauptamtliches Vorstandsmitglied

Hollweck, Helmut

hauptamtliches Vorstandsmitglied

- Mitglieder des Aufsichtsrats

Dipl.-Kfm. Josef Süß, Vorsitzender

Präsident, Leiter Postdirektion Nürnberg, a.D.

Isolde Bräunling, stellvertretende Vorsitzende

Betriebsratsvorsitzende a.D., Deutsche Post IT Services GmbH

Dr. Tilman Engel

Kaufmännischer Leiter, Sontowski & Partner GmbH

Sandra Huber

Abteilungsleiterin Personalentwicklung / Ausbildung;
Mitglied des Betriebsrates der PSD Bank Nürnberg eG

Dipl.-Ing Bernhard Pfund

Leitender Postdirektor a.D.

Dipl.-Kfm. René Stein

CFO, Prokurist Riedhammer GmbH

Edwin Then

Vorsitzender DPVKOM Bayern

Dipl.-Volkswirtin Carola Seifried

Steuerberaterin, LEONI AG

Dipl.-Kfm. Karl Michael Grimm

selbstständig, Beratender Diplom-Kaufmann

Nürnberg, 10. Mai 2022

PSD Bank Nürnberg eG

(Ort, Datum)

(Firma der Genossenschaft)

Der Vorstand

gez. Johann Büchler

gez. Helmut Hollweck

BESTÄTIGUNGSVERMERK DES UNABHÄNGIGEN ABSCHLUSSPRÜFERS

An die PSD Bank Nürnberg eG, Nürnberg

VERMERK ÜBER DIE PRÜFUNG DES JAHRESABSCHLUSSES UND DES LAGEBERICHTS

Prüfungsurteile

Wir haben den Jahresabschluss der PSD Bank Nürnberg eG (im Folgenden "Genossenschaft") - bestehend aus der Bilanz zum 31. Dezember 2021 und der Gewinn- und Verlustrechnung für das Geschäftsjahr vom 1. Januar bis zum 31. Dezember 2021 sowie dem Anhang, einschließlich der Darstellung der Bilanzierungs- und Bewertungsmethoden - geprüft. Darüber hinaus haben wir den Lagebericht der Genossenschaft für das Geschäftsjahr vom 1. Januar bis zum 31. Dezember 2021 geprüft.

Nach unserer Beurteilung aufgrund der bei der Prüfung gewonnenen Erkenntnisse

- entspricht der beigefügte Jahresabschluss in allen wesentlichen Belangen den deutschen, für Kreditgenossenschaften geltenden handelsrechtlichen Vorschriften und vermittelt unter Beachtung der deutschen Grundsätze ordnungsmäßiger Buchführung ein den tatsächlichen Verhältnissen entsprechendes Bild der Vermögens- und Finanzlage der Genossenschaft zum 31. Dezember 2021 sowie ihrer Ertragslage für das Geschäftsjahr vom 1. Januar bis zum 31. Dezember 2021 und
- vermittelt der beigefügte Lagebericht insgesamt ein zutreffendes Bild von der Lage der Genossenschaft. In allen wesentlichen Belangen steht dieser Lagebericht in Einklang mit dem Jahresabschluss, entspricht den deutschen gesetzlichen Vorschriften und stellt die Chancen und Risiken der zukünftigen Entwicklung zutreffend dar.

Gemäß § 322 Abs. 3 Satz 1 HGB erklären wir, dass unsere Prüfung zu keinen Einwendungen gegen die Ordnungsmäßigkeit des Jahresabschlusses und des Lageberichts geführt hat.

Grundlage für die Prüfungsurteile

Wir haben unsere Prüfung des Jahresabschlusses und des Lageberichts in Übereinstimmung mit § 53 Abs. 2 GenG, §§ 340k, 317 HGB und der EU-Abschlussprüferverordnung (Nr. 537/2014; im Folgenden "EU-APrVO") unter Beachtung der vom Institut der Wirtschaftsprüfer (IDW) festgestellten deutschen Grundsätze ordnungsmäßiger Abschlussprüfung durchgeführt. Unsere Verantwortung nach diesen Vorschriften und Grundsätzen ist im Abschnitt "Verantwortung des Abschlussprüfers für die Prüfung des Jahresabschlusses und des Lageberichts" unseres Bestätigungsvermerks weitergehend beschrieben. Wir sind von der Genossenschaft unabhängig in Übereinstimmung mit den europarechtlichen sowie den deutschen handelsrechtlichen und berufsrechtlichen Vorschriften und haben unsere sonstigen deutschen Berufspflichten in Übereinstimmung mit diesen Anforderungen erfüllt. Darüber hinaus erklären wir gemäß Artikel 10 Abs. 2 Buchst. f) EU-APrVO i. V. m. §§ 55 Abs. 2, 38 Abs. 1a GenG, dass alle bei uns beschäftigten Personen, die das Ergebnis der Prüfung beeinflussen können, keine verbotenen Nichtprüfungsleistungen nach Artikel 5 Abs. 1 EU-APrVO erbracht haben. Wir sind der Auffassung, dass die von uns erlangten Prüfungsnachweise ausreichend und geeignet sind, um als Grundlage für unsere Prüfungsurteile zum Jahresabschluss und zum Lagebericht zu dienen.

Besonders wichtige Prüfungssachverhalte in der Prüfung des Jahresabschlusses

Besonders wichtige Prüfungssachverhalte sind solche Sachverhalte, die nach unserem pflichtgemäßen Ermessen am bedeutsamsten in unserer Prüfung des Jahresabschlusses für das Geschäftsjahr vom 1. Januar bis zum 31. Dezember 2021 waren. Diese Sachverhalte wurden im Zusammenhang mit unserer Prüfung des Jahresabschlusses als Ganzem und bei der Bildung unseres Prüfungsurteils hierzu berücksichtigt; wir geben kein gesondertes Prüfungsurteil zu diesen Sachverhalten ab.

Nachfolgend stellen wir die aus unserer Sicht besonders wichtigen Prüfungssachverhalte dar:

1. Bewertung der Kundenforderungen
2. Einbringung von Teilen des Immobilienvermögens der Bank in eine Investment KG mit Hebung stiller Reserven sowie die Bewertung des Sachanlagevermögens

Unsere Darstellung der besonders wichtigen Prüfungssachverhalte haben wir jeweils wie folgt strukturiert:

- a) Sachverhalt und Problemstellung
- b) Prüferisches Vorgehen und Erkenntnisse
- c) Verweis auf weitergehende Informationen

1. Bewertung der Kundenforderungen

a) Sachverhalt und Problemstellung

Die Forderungen an Kunden, saldiert mit den gebildeten Risikovorsorgen, umfassen einen Betrag in Höhe von 3.537 Mio. EUR. Dies entspricht 76,2 % der Bilanzsumme. Zudem bestehen Eventualverbindlichkeiten in Höhe von 138 TEUR.

Die Identifizierung von Wertminderungen und die Ermittlung von Einzelwertberichtigungen unterliegen wesentlichen Schätzungsunsicherheiten und Ermessensspielräumen. Das Risiko für den Jahresabschluss liegt darin, dass Wertberichtigungsbedarf nicht rechtzeitig identifiziert wird bzw. die Höhe der Wertberichtigung von der wirtschaftlichen Lage und Entwicklung der jeweiligen Kreditnehmer sowie von der Bewertung der Kreditsicherheiten abhängig ist. Daher ist die zutreffende Bewertung der Kundenforderungen von entscheidender Bedeutung für den Jahresabschluss und insbesondere für die Ertragslage und stellt nach unserer Einschätzung einen besonders wichtigen Prüfungssachverhalt dar.

b) Prüferisches Vorgehen und Erkenntnisse

Wir haben zunächst beurteilt, ob die Systeme bzw. Prozesse der Bank derart ausgestaltet sind, dass akute Risiken mit hinreichender Sicherheit rechtzeitig erkannt werden und gegebenenfalls eine Risikovorsorge in ausreichendem Umfang gebildet wird. Unsere Prüfungshandlungen umfassten die für die Bewertung der Kundenforderungen relevanten Bereiche und Prozesse.

In Folge haben wir uns von der Funktionsfähigkeit der Regelungen bzw. Prozesse überzeugt. Hierbei stellen wir auf die eingerichteten relevanten Kontrollen der Bank ab.

Auf Basis der Erkenntnisse der Aufbau- und Prozessprüfung haben wir analytische Prüfungshandlungen durchgeführt. Dabei wurde der Datenbestand der Bank in Hinblick auf vordefinierte Prüfkriterien ausgewertet. In diesem Zuge wurden neben den Ratingeinstufungen die Höhe der ungesicherten Kreditteile und die Gesamtzusage berücksichtigt.

c) Verweis auf weitergehende Informationen

Weitere Angaben der Bank zur Bilanzierung und Bewertung von Forderungen im Kreditgeschäft sind im Anhang im Abschnitt Bilanzierungs- und Bewertungsmethoden enthalten.

Im Lagebericht sind Ausführungen zu den Kreditstrukturen in Abschnitt II.4.3 Vermögenslage und zu den Verfahren der Risikoerkennung in Abschnitt III.3. Adressenausfallrisiken – Forderungen an Kunden - enthalten.

2. Einbringung von Teilen des Immobilienvermögens der Bank in eine Investment KG mit Hebung stiller Reserven sowie die Bewertung des Sachanlagevermögens

a) Sachverhalt und Problemstellung

Die Bank ist alleinige Kommanditistin der in 2020 gegründeten PSD WB Invest GmbH & Co. geschlossene InvKG. Persönlich haftender Gesellschafter ist die UII PSD KN ImmoInvest GP GmbH, Hamburg. Bei der PSD WB Invest GmbH & Co. geschlossene InvKG handelt es sich um einen geschlossenen Spezial-AIF (Alternativer Investmentfonds) in Form einer Investmentkommanditgesellschaft und damit um ein Investmentvermögen im Sinne des KAGB. Die Gesellschaft ist als Tochterunternehmen der Bank nach § 290 HGB einzustufen. Die Aufstellung eines Konzernabschlusses für das Geschäftsjahr ist vorgesehen.

Im Geschäftsjahr hat die Bank das Bankgebäude und eine fremdgenutzte Immobilie aus ihrem Sachanlagevermögen in die PSD WB Invest GmbH & Co. geschlossene InvKG eingebracht. Die Immobilien wurden als unentgeltliche Einlage direkt in die Kapitalrücklage der PSD WB Invest GmbH & Co. geschlossene InvKG eingebracht. Der Verkehrswert der Immobilien in Höhe von 44,9 Mio. EUR wurde dem gesamthänderisch gebundenen Rücklagenkonto gutgeschrieben. Durch die Einbringung zum Verkehrswert hat die Bank einen Einbringungsgewinn in Höhe von 14,7 Mio. EUR erzielt. Das Jahresergebnis der Bank war durch diese Einbringungsgewinne maßgeblich beeinflusst.

Die zutreffende Bewertung der nach Tauschgrundsätzen bewerteten Anteile an der Investmentkommanditgesellschaft unterliegt erheblichen Ermessensspielräumen und zählt daher nach unserer Beurteilung zu den bedeutsamen Risiken. Die zutreffende Bewertung der im Sachanlagevermögen der Bank verbliebenen Immobilien unterliegt erheblichen Ermessensspielräumen und zählt daher nach unserer Beurteilung zu den bedeutsamen Risiken.

b) Prüferisches Vorgehen und Erkenntnisse

Zunächst haben wir den Einbringungsvertrag eingesehen und geprüft, ob die darin enthaltenen Vereinbarungen im Hinblick auf die Einbringung der Immobilien tatsächlich vollzogen wurden und sich zutreffend in der Bewertung der Anschaffungskosten der Anteile an der Investmentkommanditgesellschaft niedergeschlagen haben. Dabei haben wir uns auch davon überzeugt, dass das rechtliche bzw. wirtschaftliche Eigentum auf die Kommanditgesellschaften übergegangen ist.

Hinsichtlich der Einbringungswerte und verbliebenen Immobilien im Sachanlagevermögen haben wir die von einem Immobiliengutachter erstellten Wertgutachten in Bezug auf ihre Aktualität, Methodik sowie die Nachvollziehbarkeit der Wertermittlung gewürdigt. Damit einhergehend haben wir uns ein Verständnis über die dem Wertgutachten zugrunde liegenden Ausgangsdaten, Wertparameter und getroffenen Annahmen verschafft, diese kritisch gewürdigt und beurteilt, ob sie innerhalb einer vertretbaren Bandbreite liegen. Bezüglich der Ermittlung der Verkehrswerte der Kommanditanteile haben wir diese hinsichtlich der Aktualität und der verwendeten Methoden nachvollzogen und gewürdigt.

Des Weiteren waren der zutreffende Ausweis der Sachverhalte in der Bilanz und der GuV sowie die einschlägigen Anhangangaben und die Berichterstattung der Bank im Lagebericht Gegenstand unserer Prüfung.

c) Verweis auf weitergehende Informationen

Weitere Angaben der Bank sind im Anhang unter den Abschnitten „D.I Bilanz“ und „D.II Gewinn- und Verlustrechnung“ sowie im Lagebericht unter den Abschnitten „II.3 Geschäftsverlauf der PSD Bank Nürnberg eG“, „II.4.1 Ertragslage“ und „II.4.3 Vermögenslage“ enthalten.

Sonstige Informationen

Sonstige Informationen lagen zum Zeitpunkt der Erteilung dieses Bestätigungsvermerks nicht vor.

Verantwortung der gesetzlichen Vertreter und des Aufsichtsrats für den Jahresabschluss und den Lagebericht

Die gesetzlichen Vertreter der Genossenschaft sind verantwortlich für die Aufstellung des Jahresabschlusses, der den deutschen, für Kreditgenossenschaften geltenden handelsrechtlichen Vorschriften in allen wesentlichen Belangen entspricht, und dafür, dass der Jahresabschluss unter Beachtung der deutschen Grundsätze ordnungsmäßiger Buchführung ein den tatsächlichen Verhältnissen entsprechendes Bild der Vermögens-, Finanz- und Ertragslage der Genossenschaft vermittelt. Ferner sind die gesetzlichen Vertreter verantwortlich für die internen Kontrollen, die sie in Übereinstimmung mit den deutschen Grundsätzen ordnungsmäßiger Buchführung als notwendig bestimmt haben, um die Aufstellung eines Jahresabschlusses zu ermöglichen, der frei von wesentlichen - beabsichtigten oder unbeabsichtigten - falschen Darstellungen ist.

Bei der Aufstellung des Jahresabschlusses sind die gesetzlichen Vertreter dafür verantwortlich, die Fähigkeit der Genossenschaft zur Fortführung der Unternehmenstätigkeit zu beurteilen. Des Weiteren haben sie die Verantwortung, Sachverhalte in Zusammenhang mit der Fortführung der Unternehmenstätigkeit, sofern einschlägig, anzugeben. Darüber hinaus sind sie dafür verantwortlich, auf der Grundlage des Rechnungslegungsgrundsatzes der Fortführung der Unternehmenstätigkeit zu bilanzieren, sofern dem nicht tatsächliche oder rechtliche Gegebenheiten entgegenstehen.

Außerdem sind die gesetzlichen Vertreter verantwortlich für die Aufstellung des Lageberichts, der insgesamt ein zutreffendes Bild von der Lage der Genossenschaft vermittelt sowie in allen wesentlichen Belangen mit dem Jahresabschluss in Einklang steht, den deutschen gesetzlichen Vorschriften entspricht und die Chancen und Risiken der zukünftigen Entwicklung zutreffend darstellt. Ferner sind die gesetzlichen Vertreter verantwortlich für die Vorkehrungen und Maßnahmen (Systeme), die sie als notwendig erachtet haben, um die Aufstellung eines Lageberichts in Übereinstimmung mit den anzuwendenden deutschen gesetzlichen Vorschriften zu ermöglichen, und um ausreichende geeignete Nachweise für die Aussagen im Lagebericht erbringen zu können.

Der Aufsichtsrat ist verantwortlich für die Überwachung des Rechnungslegungsprozesses der Genossenschaft zur Aufstellung des Jahresabschlusses und des Lageberichts.

Verantwortung des Abschlussprüfers für die Prüfung des Jahresabschlusses und des Lageberichts

Unsere Zielsetzung ist, hinreichende Sicherheit darüber zu erlangen, ob der Jahresabschluss als Ganzes frei von wesentlichen - beabsichtigten oder unbeabsichtigten - falschen Darstellungen ist, und ob der Lagebericht insgesamt ein zutreffendes Bild von der Lage der Genossenschaft vermittelt sowie in allen wesentlichen Belangen mit dem Jahresabschluss sowie mit den bei der Prüfung gewonnenen Erkenntnissen in Einklang steht, den deutschen gesetzlichen Vorschriften entspricht und die Chancen und Risiken der zukünftigen Entwicklung zutreffend darstellt, sowie einen Bestätigungsvermerk zu erteilen, der unsere Prüfungsurteile zum Jahresabschluss und zum Lagebericht beinhaltet.

Hinreichende Sicherheit ist ein hohes Maß an Sicherheit, aber keine Garantie dafür, dass eine in Übereinstimmung mit § 53 Abs. 2 GenG, §§ 340k, 317 HGB und der EU-APrVO unter Beachtung der vom Institut der Wirtschaftsprüfer (IDW) festgestellten deutschen Grundsätze ordnungsmäßiger Abschlussprüfung durchgeführte Prüfung eine wesentliche falsche Darstellung stets aufdeckt. Falsche Darstellungen können aus Verstößen oder Unrichtigkeiten resultieren und werden als wesentlich angesehen, wenn vernünftigerweise erwartet werden könnte, dass sie einzeln oder insgesamt die auf der Grundlage dieses Jahresabschlusses und Lageberichts getroffenen wirtschaftlichen Entscheidungen von Adressaten beeinflussen.

Während der Prüfung üben wir pflichtgemäßes Ermessen aus und bewahren eine kritische Grundhaltung. Darüber hinaus

- identifizieren und beurteilen wir die Risiken wesentlicher - beabsichtigter oder unbeabsichtigter - falscher Darstellungen im Jahresabschluss und im Lagebericht, planen und führen Prüfungshandlungen als Reaktion auf diese Risiken durch sowie erlangen Prüfungsnachweise, die ausreichend und geeignet sind, um als Grundlage für unsere Prüfungsurteile zu dienen. Das Risiko, dass wesentliche falsche Darstellungen nicht aufgedeckt werden, ist bei Verstößen höher als bei Unrichtigkeiten, da Verstöße betrügerisches Zusammenwirken, Fälschungen, beabsichtigte Unvollständigkeiten, irreführende Darstellungen bzw. das Außerkraftsetzen interner Kontrollen beinhalten können.
- gewinnen wir ein Verständnis von dem für die Prüfung des Jahresabschlusses relevanten internen Kontrollsystem und den für die Prüfung des Lageberichts relevanten Vorkehrungen und Maßnahmen, um Prüfungshandlungen zu planen, die unter den gegebenen Umständen angemessen sind, jedoch nicht mit dem Ziel, ein Prüfungsurteil zur Wirksamkeit dieser Systeme abzugeben.
- beurteilen wir die Angemessenheit der von den gesetzlichen Vertretern angewandten Rechnungslegungsmethoden sowie die Vertretbarkeit der von den gesetzlichen Vertretern dargestellten geschätzten Werte und damit zusammenhängenden Angaben.
- ziehen wir Schlussfolgerungen über die Angemessenheit des von den gesetzlichen Vertretern angewandten Rechnungslegungsgrundsatzes der Fortführung der Unternehmenstätigkeit sowie, auf der Grundlage der erlangten Prüfungsnachweise, ob eine wesentliche Unsicherheit im Zusammenhang mit Ereignissen oder Gegebenheiten besteht, die bedeutsame Zweifel an der Fähigkeit der Genossenschaft zur Fortführung der Unternehmenstätigkeit aufwerfen können. Falls wir zu dem Schluss kommen, dass eine wesentliche Unsicherheit besteht, sind wir verpflichtet, im Bestätigungsvermerk auf die dazugehörigen Angaben im Jahresabschluss und im Lagebericht aufmerksam zu machen oder, falls diese Angaben unangemessen sind, unser jeweiliges Prüfungsurteil zu modifizieren. Wir ziehen unsere Schlussfolgerungen auf der Grundlage der bis zum Datum unseres Bestätigungsvermerks erlangten Prüfungsnachweise. Zukünftige Ereignisse oder Gegebenheiten können jedoch dazu führen, dass die Genossenschaft ihre Unternehmenstätigkeit nicht mehr fortführen kann.
- beurteilen wir die Gesamtdarstellung, den Aufbau und den Inhalt des Jahresabschlusses einschließlich der Angaben sowie ob der Jahresabschluss die zugrunde liegenden Geschäftsvorfälle und Ereignisse so darstellt, dass der Jahresabschluss unter Beachtung der deutschen Grundsätze ordnungsmäßiger Buchführung ein den tatsächlichen Verhältnissen entsprechendes Bild der Vermögens-, Finanz- und Ertragslage der Genossenschaft vermittelt.
- beurteilen wir den Einklang des Lageberichts mit dem Jahresabschluss, seine Gesetzesentsprechung und das von ihm vermittelte Bild von der Lage der Genossenschaft.
- führen wir Prüfungshandlungen zu den von den gesetzlichen Vertretern dargestellten zukunftsorientierten Angaben im Lagebericht durch. Auf Basis ausreichender geeigneter Prüfungsnachweise vollziehen wir dabei insbesondere die den zukunftsorientierten Angaben von den gesetzlichen Vertretern zugrunde gelegten bedeutsamen Annahmen nach und beurteilen die sachgerechte Ableitung der zukunftsorientierten Angaben aus diesen Annahmen. Ein eigenständiges Prüfungsurteil zu den zukunftsorientierten Angaben sowie zu den zugrunde liegenden Annahmen geben wir nicht ab. Es besteht ein erhebliches unvermeidbares Risiko, dass künftige Ereignisse wesentlich von den zukunftsorientierten Angaben abweichen.

Wir erörtern mit dem Aufsichtsrat unter anderem den geplanten Umfang und die Zeitplanung der Prüfung sowie bedeutende Prüfungsfeststellungen, einschließlich etwaiger Mängel im internen Kontrollsystem, die wir während unserer Prüfung feststellen.

Wir geben gegenüber dem Aufsichtsrat eine Erklärung ab, dass wir die relevanten Unabhängigkeitsanforderungen eingehalten haben, und erörtern mit ihm alle Beziehungen und sonstigen Sachverhalte, von denen vernünftigerweise angenommen werden kann, dass sie sich auf unsere Unabhängigkeit auswirken, und die hierzu getroffenen Schutzmaßnahmen.

Wir bestimmen von den Sachverhalten, die wir mit dem Aufsichtsrat erörtert haben, diejenigen Sachverhalte, die in der Prüfung des Jahresabschlusses für den aktuellen Berichtszeitraum am bedeutsamsten waren und daher die besonders wichtigen Prüfungssachverhalte sind. Wir beschreiben diese Sachverhalte im Bestätigungsvermerk, es sei denn, Gesetze oder andere Rechtsvorschriften schließen die öffentliche Angabe des Sachverhalts aus.

SONSTIGE GESETZLICHE UND ANDERE RECHTLICHE ANFORDERUNGEN

Übrige Angaben gemäß Artikel 10 EU-APrVO

Wir sind als zuständiger Prüfungsverband gesetzlicher Abschlussprüfer der Genossenschaft.

Wir erklären, dass die in diesem Bestätigungsvermerk enthaltenen Prüfungsurteile mit unserer Berichterstattung an den Aufsichtsrat nach Artikel 11 EU-APrVO i. V. m. § 58 Abs. 3 GenG (Prüfungsbericht) in Einklang stehen.

Bei uns beschäftigte Personen, die das Ergebnis der Prüfung beeinflussen können, haben folgende Leistungen, die nicht im Jahresabschluss oder im Lagebericht der geprüften Genossenschaft angegeben wurden, zusätzlich zur Abschlussprüfung für die geprüfte Genossenschaft bzw. für die von dieser beherrschten Unternehmen erbracht:

- Wertpapierdienstleistungs- und Depotprüfung nach § 89 WpHG
- Schulungsveranstaltungen für Aufsichtsräte und Bankmitarbeiter.
- Separate Bestätigungsleistungen an die Bankenaufsicht.

VERANTWORTLICHER WIRTSCHAFTSPRÜFER

Der für die Prüfung verantwortliche Wirtschaftsprüfer ist David Peters

Bonn, den 11.05.2022

Verband der PSD Banken e.V.

gez. David Peters
Wirtschaftsprüfer

Dieser Jahresabschluss wurde gemäß § 48 GenG in der Generalversammlung am <u>24. Juni 2022</u> festgestellt und die Ergebnisverwendung wie vorgeschlagen beschlossen.

**Anlage zum Jahresabschluss gemäß § 26a Abs. 1 Satz 2 KWG zum 31. Dezember 2021
("Länderspezifische Berichterstattung")**

Die PSD Bank Nürnberg eG hat keine Niederlassungen im Ausland. Sämtliche nachfolgenden Angaben entstammen dem Jahresabschluss zum 31. Dezember 2021 und beziehen sich ausschließlich auf ihre Geschäftstätigkeit als regional tätige Kreditgenossenschaft in der Bundesrepublik Deutschland. Die Tätigkeit der PSD Bank Nürnberg eG besteht darin, Einlagen oder andere rückzahlbare Gelder von Privat- und Firmenkunden entgegenzunehmen und Kredite für eigene Rechnung zu gewähren.

Die PSD Bank Nürnberg eG definiert den Umsatz aus der Summe folgender Komponenten der Gewinn- und Verlustrechnung nach HGB: Zinserträge, Zinsaufwendungen, laufende Erträge aus Investmentfonds etc., Provisionserträge, Provisionsaufwendungen und sonstige betriebliche Erträge. Der Umsatz beträgt für den Zeitraum 1. Januar bis 31. Dezember 2021 78.633 TEUR.

Die Anzahl der Lohn- und Gehaltsempfänger in Vollzeitäquivalenten zum Jahresende beträgt 226.

Der Gewinn vor Steuern beträgt 33.128 TEUR.

Die Steuern auf Gewinn betragen 6.299 TEUR und betreffen laufende Steuern.

Die PSD Bank Nürnberg eG hat im Geschäftsjahr keine öffentlichen Beihilfen erhalten.